

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Ungarn 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Spaltenbreite 80 Pfennig. Kleinspalt 2.- Reichsmark. „Kleinspalt“ das fertige Druckbild 25 Pfennig (außerhalb zwei fertige Druckbilder). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 4. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 37 535 - Verkaufsstelle: Kauf der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, Markt 65; Deutsche Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW. 68.

32 Stimmen Mehrheit für Painlevé.

Abwartende Haltung der Sozialisten. - Die Regierung einstweilen gesichert.

Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Am 11 Uhr abends war die Debatte in der Kammer über die Interpellationen zur allgemeinen Politik der Regierung Painlevé beendet. Die Interpellationen über Spezialfragen waren auf Wunsch der Regierung zurückgestellt worden. Es fand die Abstimmung über eine von der Regierung angenommene Vertrauensresolution statt, die von den bürgerlichen Linksparteien eingebracht worden war und die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie in vollem Einverständnis mit der republikanischen Mehrheit eine Politik des Friedens und der finanziellen Sanierung durchzuführen wird. Sie lehnt jede Hinzufügung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Das Ergebnis der Abstimmung war:

Für die Regierung 221 Stimmen, gegen sie 189.

Außer den 100 Sozialisten hatte sich etwa ein Dutzend Abgeordnete von der sogenannten republikanischen Linken, die zwischen dem Linksbund und dem Nationalen Bund stehen, der Stimme enthalten.

Vor der Abstimmung gab namens der sozialistischen Fraktion Genosse Paul Faure eine Erklärung ab, wonach die Sozialisten nicht in der Lage wären, der Regierung ihr Vertrauen zu gewähren. Das bedeute aber nicht, daß die Sozialisten es gegebenenfalls ablehnen würden, einer von der Regierung Painlevé getragenen Politik ihre Zustimmung zu geben, die in klarer Weise den Wünschen der breiten Massen des Volkes Rechnung tragen würde. Wer die Unterstützung der sozialistischen Fraktion sich zu sichern bestrebt sei, wisse nun, woran er sich zu halten haben würde.

Amittelbar vor der Abstimmung hatte Painlevé bei der Beantwortung der Interpellationen eine Rede gehalten, in der besonders ein Satz auffiel, der vielfach erörtert wurde. Gegenüber den Kritiken der Rechten, die ihm vorgeworfen hatte, daß die soeben beendete Regierungskrise auf Grund außerparlamentarischer Beschlüsse, nämlich als Resultat des Radikalen Kongresses von Nizza, ausgebrochen sei, erklärte er, er sei jederzeit bereit, von seinem Posten als Ministerpräsident zurückzutreten. Wenn aber die Kammer der Überzeugung sei, daß das von seiner Regierung entwickelte Programm für die Rettung des Landes notwendig sei, dann bitte er die Abgeordneten, diesem Programm ihre Zustimmung zu geben.

Dieser Satz wurde allgemein dahin kommentiert, daß Painlevé bereit sei, auf eine lediglich von den Linksparteien gestellte Mehrheit zu verzichten und die Unterstützung von Elementen der Mittelparteien wieder anzunehmen, ähnlich wie bei der Bildung seiner ersten Regierung zu Beginn des Sommers; denn er appellierte mit diesen Worten nicht mehr lediglich an den Linksbund, sondern an die Kammer schlechthin. Der allgemeine Eindruck unmittelbar nach der Abstimmung war der, daß die Existenz der neuen Regierung Painlevé nunmehr für die nächsten Wochen gesichert sei.

Unstimmigkeiten unter den Sozialisten.

Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Abends wurde bekannt, daß die Genossen Routel, Paul Boncour, Renaudel und Vincent Auciol aus Protest gegen die von ihnen bekämpfte Stellungnahme der Rechten des Nationalrats ihre Demission als Mitglieder der politischen Kommission der sozialistischen Kammerfraktion, die etwa dem deutschen sozialdemokratischen Fraktionsvorstand entspricht, gegeben haben. In bürgerlichen Kreisen verbreiteten sich anknüpfend an diese Nachricht wilde Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung der sozialistischen Partei. Daran ist natürlich kein wahres Wort.

Die Regierungserklärung.

Rühle Aufnahme - Allgemeiner Beifall nur für Locarno.

Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungserklärung, die am Dienstag in der Kammer von Painlevé selbst und im Senat von Justizminister Chauviemps verlesen worden ist, beginnt mit der Feststellung, daß die gegenwärtige Situation energische und ruhige Maßnahmen erfordere, nach einem einheitlichen Plan und mit Methode ausgeführt. Die Erklärung entwirft dann die Grundlage des finanziellen Programms der Regierung. Das finanzielle Problem sei gegenwärtig die wichtigste Frage, mit der sich die Regierung zu befassen haben wird. Der wirtschaftlichen Instabilität müsse ein Ende gemacht werden und die Regierung werde vom Lande auf die Gefahr hin, ihre Popularität aufs Spiel zu setzen, erhebliche Opfer verlangen müssen. Diese Opfer müßten obligatorisch sein, damit sich niemand ihnen entziehen könnte, und sie müßten bewilligt sein, um keinem Widerstand zu begegnen. Zunächst müsse ein Gleichgewicht des Budgets hergestellt und sämtliche ständigen Ausgaben durch ständige Einnahmen gedeckt werden. Die Schwierigkeiten, mit denen das Schahamt bei der Rückzahlung der gekündigten Schahscheine zu kämpfen habe, gedanke die Regierung durch eine energische Tilgung der Staatsschuld zu be-

heben. Die dazu erforderlichen Mittel werde die Regierung sich durch eine

außerordentliche Besteuerung sämtlicher Arten von Vermögen

beschaffen. Eine autonome Amortisationskasse werde diese Mittel zu verwalten haben, wodurch der Verschwendung vorgebeugt werden soll, die außerordentlichen Steuern zur Deckung der ordentlichen Staatsausgaben zu verwenden. Durch die Inkrustierung dieses Programms hoffe die Regierung die Stabilität des Franken sicherzustellen. Auch das Problem der auswärtigen Schulden müsse eine endgültige Regelung erfahren, und die Regierung beabsichtige infolgedessen, die bereits begonnenen

Verhandlungen mit England und mit den Vereinigten Staaten wieder aufzunehmen.

Die Erklärung fordert dann das Parlament auf, den Etat für 1926 und die Sanierungsentwürfe der Regierung schleunigst zu verabschieden und geht dann zu verschiedenen Fragen der Innenpolitik über. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Regierung vor dem Senat die schleunige Verabschiedung der die Sozialversicherung betreffenden Gesetzesentwürfe fordern werde, daß sie das Werk der Einheitschule in die Wege zu leiten gedente, und daß sie unverzüglich die Militärreform, die die

Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr

mit sich bringen würde, zu unternehmen beabsichtige.

Näher geht dann die Regierungserklärung auf die Frage von Marokko und Syrien

ein. Eine Gefahr für die französischen Besitzungen in Marokko, so führt sie aus, bestehe gegenwärtig nicht mehr. Marschall Pétain sei jetzt in der Lage, Marokko zu verlassen. 21 Bataillone würden nunmehr nach Frankreich zurückkehren können. Sämtliche Soldaten würden nach Ablauf ihrer gesetzlichen Dienstzeit entlassen werden. Frankreich habe in Marokko nur für die Wiederherstellung des Friedens gekämpft und halte infolgedessen auch gegenwärtig, wo die Angreifer besiegelt seien, diejenigen Friedensbedingungen aufrecht, die in der Stunde der Not festgelegt worden seien. Die bedauernden Ereignisse in Syrien seien eine Rückwirkung der Bewegung, die den ganzen Osten erfaßt habe. Die Regierung habe eine eingehende Untersuchung über die jüngsten Ereignisse eingeleitet und werde das Parlament auf dem laufenden halten. Ein ziviler Kommissar werde die Verwaltung des französischen Mandats in Syrien zu versehen haben, das kein anderes Ziel habe, als die Bevölkerung dieses Gebietes zur Selbstverwaltung vorzubereiten. Die Erklärung schließt mit dem Hinweis auf den erfolgreichen Abschluß der Locarno-Konferenz,

die die politische Atmosphäre Europas gereinigt und die Wege des Friedens geebnet habe.

Der Regierungserklärung, die von Painlevé sehr eintönig verlesen wurde, begegnete die Kammer zunächst mit eisigem Schweigen. Zu einer bemerkenswerten Kundgebung kam es lediglich, als Painlevé auf Locarno zu sprechen kam. Die gesamte Kammer von der äußersten Linken bis in die Reihen der äußersten Rechten klatschte stürmisch Beifall, wodurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Friedenspolitik der französischen Regierung beim gesamten französischen Volk ohne Unterschied der Parteirichtungen und Anschauungen Unterstützung findet.

Der Kammerpräsident Herriot verlas daraufhin, wie dies der Parlamentsbrauch fordert, die lange Liste von 70 Interpellationen. Auf Antrag der Regierung hat die Kammer dann beschlossen, zunächst mit der Diskussion der Interpellationen, die die allgemeine politische Situation zum Gegenstand haben, zu beginnen.

Riza Khan soll Schah werden.

London, 3. November. (W.B.) Der Korrespondent der „Morning Post“ in Teheran meldet, man erwarte, daß die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung innerhalb dieses Monats erfolgen wird, und daß der Premierminister Riza Khan zum Schah gewählt werden wird.

Rußland sieht im Umschwung einen Sieg über England.

Moskau, 3. November. (W.B.) „Dnewstija“ sagt in einem Leitartikel: Der Sturz der Dynastie der Radsharen beseitigt die Hindernisse einer freien nationalen Entwicklung in Persien und ist nicht zuletzt zu verdanken dem Verzicht Sowjetrußlands auf alle Vorrechte, die sich die Zarenregierung in Persien gesichert hatte, insbesondere auf den russisch-englischen Vertrag vom Jahre 1907 über die Aufteilung der Einflußsphären. Der Umsturz ist ein Sieg des nationalen Bürgertums über die englisch orientierte feudale Reaktion.

Um die Regierung Painlevé.

Die Sozialisten üben Stimmenthaltung.

Paris, 3. November. (Eig. Drahtber.)

Mit 1431 gegen 1228 Mandaten hat der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs in der Nacht vom Montag zum Dienstag einer von Paul Faure eingebrachten, von den Abgeordneten Compère-Morel und Lebas unterstützten, von Blum, Grumbach, Renaudel und Mistral bekämpften Resolution zugestimmt, die der Parlamentsfraktion den Auftrag gibt, dem neuen Kabinett Painlevé das Vertrauen zu verweigern und die es der Fraktion überläßt, das Mißtrauen, sei es durch eine direkte Ablehnung des Vertrauensantrages, sei es durch die Enthaltung von der Abstimmung, zum Ausdruck zu bringen. Für die gesamte politische Welt bedeutet dieser Beschluß eine an Verblüffung grenzende Ueberraschung.

In der Tat hatte sich am Montag nach der fast dreistündigen Unterredung, die das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei mit Painlevé im Laufe des späten Nachmittags hatte, das Gerücht verbreitet, daß sich eine weitgehende Uebereinstimmung herausstelle zwischen dem Ministerpräsidenten und der Sozialistischen Partei. Dieser Eindruck wurde wesentlich verstärkt durch den ausführlichen Bericht, der in der Nachtigung des Nationalrats von Leon Blum über diese Unterredung erstattet wurde und aus dem hervorging, daß Painlevé in der Tat die feste Verpflichtung übernommen hatte, die Finanzprojekte Ende dieser Woche oder aller spätestens am nächsten Montag einzubringen, und das Prinzip der Belastung des Reichstums in allen seinen Formen zu deren Grundlage zu machen; daß er sich weiterhin verpflichtete, die Befehle betr. die Einführung der allgemeinen Sozialversicherung in der allernächsten Zeit im Senat zur Annahme zu bringen und in der Militärsprache die Einführung der einjährigen Dienstzeit an Stelle der 18monatlichen zu beantragen. Da er sich außerdem entschlossen erklärte, im Falle eines Widerstandes im Senat die Vertrauensfrage dort nicht zu stellen, sondern in die Kammer zurückzukehren und mit einem neuen Mandat vor den Senat zu treten, um auf diese Weise den Widerstand des Senats zu brechen, schienen die Garantien gegeben, um der sozialistischen Fraktion zu ermöglichen, dem zweiten Kabinett Painlevé wenigstens ein bedingtes Vertrauen zu gewähren.

Zur Ueberraschung der meisten Mitglieder der Parlamentsfraktion beantragte Compère-Morel, obwohl er in den letzten Tagen als Vertreter der Fraktion in den gemeinsamen Sitzungen des Linkstellers für die Aufrechterhaltung des Kartells eingetreten war und sogar der Verfasser der Tagesordnung ist, in der die Notwendigkeit, das Kartell beizubehalten, proklamiert wird, daß man dem Kabinett Painlevé von vornherein das Vertrauen verweigern solle, selbst wenn dadurch die Gefahr einer rechtsgerichteten Konzentrationsregierung heraufbeschworen würde. Als Compère-Morel, der bekanntlich im Kriege eine Zeitlang den Posten eines Regierungskommissars im Kabinett Clemenceau bekleidete, sich außerdem für die Anwendung illegaler Mittel und fast für eine persönliche Diktatur aussprach, richteten Grumbach, Renaudel und Leon Blum lebhaftest Anklagen gegen ihn, indem sie ihn eines gefährlichen Doppelspiels zu überführen suchten.

Blum erklärte, daß die von Compère-Morel vorgeschlagene Taktik nach kurzer Zeit nicht zu einem sozialistischen, sondern zu einem faschistischen Regime führen würde; Grumbach machte besonders auf die gefährlichen Folgen aufmerksam, die eine neue innerpolitische Krise und gar die Ankunft einer Konzentrationsregierung für das große Friedenswerk von Locarno haben könnte. Renaudel und Mistral wiesen auf die Folgen hin, die eine neue Krise für den Bestand des Linkstellers haben würde. Und schließlich verlangte Leon Blum kategorisch, daß der Nationalrat klar sagen solle, ob die Fraktion für oder gegen das neue Kabinett stimmen müsse. Hätte die Norddelegation, die die stärkste Bezirksorganisation der französischen Partei ist, nicht ihre ganzen 350 Mandate zugunsten der Resolution von Paul Faure in die Waagschale geworfen, so wäre der Antrag Renaudel angenommen worden, der die Fraktion ermächtigte, der Regierung einstweilen Vertrauen zu gewähren, ihre endgültige Stellungnahme aber von dem Inhalt der Finanzprojekte abhängig zu machen, für deren Annahme sie eine Höchstfrist von 14 Tagen vorsch. Bezeichnend ist, daß der im allgemeinen auf dem äußersten linken Flügel der Partei stehende Braque und eine große Reihe seiner Freunde ebenfalls für die Resolution Renaudel gestimmt haben.

Die Folge der Abstimmung des Nationalrats ist, daß die Frage wieder akut geworden ist, ob das zweite Kabinett Painlevé sich halten kann. Denn sollten sich die Sozialisten bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthalten, und sollte die Rechte geschlossen gegen das Kabinett stimmen, so wäre das Ministerium in die Minderheit verfecht. Entschließe sich ein Teil der Rechten, für das Kabinett zu stimmen, was unwahrscheinlich ist, so könnte Painlevé zwar vom parlamentarischen Standpunkt aus am Ruder bleiben, aber vom poli-

tischen Standpunkt aus müßte er seine Demission geben. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat beschlossen, nicht gegen das Kabinett zu stimmen, sondern sich der Abstimmung zu enthalten. Sie hat außerdem einer Erklärung zugestimmt, die Paul Faure im Augenblick der Abstimmung verlesen soll und in der die Enthaltung mit der zögernden Haltung Painlevés in gewissen Fragen begründet wird und die betont, daß die Fraktion bereit sei, für die Projekte Painlevés zu stimmen, wenn sie den Erwartungen der Linken entsprechen würden. Im allgemeinen ist das in den politischen Kreisen so aufgefaßt worden, daß die sozialistische Fraktion, und zwar diejenigen Genossen, die auf dem Nationalrat die Mehrheit haben, dem Kabinett Painlevés doch noch eine Brücke bauen wollen. Ob diese Brücke genügt, um eine neue Krise zu verhindern, ist keineswegs sicher, so daß die innerpolitische Situation gegenwärtig konfus ist als je seit dem Beginn der neuen Legislaturperiode.

## Die Konferenz bei Luther.

Keinen Schritt weiter!

Die amtliche Meldung über die gestrige Aussprache zwischen dem Kumpfkabinett und seinen Vertrauensmännern in den Parteien lautet:

Heute fand unter Vorsitz des Reichskanzlers, sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stinckel und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. An der Aussprache nahmen teil: Von der Zentrumspartei die Abgeordneten Fehrenbach, Ratz und Stegerwald; von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz, Dr. Curtius und Kempkes; von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Reich.

Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundgesetze für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurücktreten haben.

Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Deutschnationalen Partei, deren vorläufiges Verhalten um des deutschen Gesamtinteresses willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat. Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Das sind ziemlich viel Worte, um zu sagen, daß die Konferenz ergebnislos verlaufen ist. Man sieht keine Lösung, und erklärt sich infolgedessen damit einverstanden, daß das Kumpfkabinett weiter wurzelt wie bisher. Nebenher werden den Deutschnationalen ein paar kleine Unfreundlichkeiten gesagt; für den künftigen Kurs in Deutschland ist das aber nicht entscheidend — umfoweniger, als sich die Gerüchte von einem bevorstehenden Wiederumfall der Deutschnationalen mit jedem Tage verstärken. Wenn aus der gestrigen Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion parteioständig gemeldet wird, an der „grundständlichen Einstellung“ der Fraktion zu Locarno habe sich nichts geändert, so besagt das sehr wenig.

Ueber den Zeitpunkt der nächsten Reichstagsitzung konnte die Konferenz natürlich nur eine Meinung äußern, sie konnte ihn nicht von sich aus bestimmen. Der Reichstag muß einberufen werden, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt.

## Der Beschluß der Demokraten.

Der Hauptvorstand der Demokratischen Partei hat gestern einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Der Parteivorstand billigt die Haltung des Parteivorstandes zur außen- und innenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückfragen abhängig macht, 2. sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gewährleistet, die der Festigung der Republik dient, 4. sich auf die Parteien stützt, die diese außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen.

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind vom Reichskanzler Dr. Luther für Mittwoch abend 6 Uhr zu einer Besprechung über die politische Lage in die Reichskanzlei gebeten worden.

## Genosse Crispian 50 Jahre alt.

Von den drei Vorsitzenden unserer Partei rückt heute, als zweiter nach Genossen Wels, Genosse Artur Crispian in die Reihe der Fünfziger ein. Die Partei vereint sich heute zu den herzlichsten Glückwünschen für ihn. Sein Leben und Wirken ist eine schlagende Widerlegung des üblen Sprichworts, daß die Politik den Charakter verdirbt. Denn Artur Crispian's politisches Wirken war nie von anderen Motiven geleitet als von heißer Liebe zu den Bedrückten und von stammender Begeisterung für die Ideen des Sozialismus. Daran und an seiner Kampfnatur kann auch der Ablauf der Jahre nichts ändern. — Leider wird unser Freund gerade in diesen Tagen von einem schmerzhaften Ohrenleiden geplagt, das er sich auf seiner letzten Versammlungsfahrt durch Baden, aus Anlaß der Landtagswahlen, geholt hat. Glücklicherweise aber wird dieses Leiden bald behoben sein und hindert auch nicht das Geburtstagskind, die Worte der Freundschaft und des Dankes zu hören, die ihm heute aus allen Ecken Deutschlands entgegenklingen.

## Die Frontbannverhaftungen.

Sechs Verhaftungen wegen Geheimbündelei und Bildung militärischer Verbände.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Gegenüber den verschieden lautenden Mitteilungen der Presse über die Verhaftung von Frontbannführern wird folgendes festgestellt:

Der Frontbann verpflichtete, wie in letzter Zeit dem Polizeipräsidium bekannt wurde, seine Mitglieder mit einer Erklärung, die in Ziffer 3 hieß:

„Ich versichere ehrenwörtlich, meinen mir bekannten Führer oder den Kameraden des Bundes, die sich mir als Führer ausweisen, bei sämtlichen offiziellen Veranstaltungen, geredeten Ueberlieferungen des alten Heeres, unbedingt Gehorsam zu leisten.“

Diese Erklärung verstößt gegen § 128 St.G.B. (Geheimbündelei), wonach es verboten ist, unbedingten Gehorsam an bekannte Führer zu versprechen. Zur Feststellung des strafbaren Tatbestandes sind daher am 29. Oktober durch die Abteilung IA des Polizeipräsidiums Durchsuchungen bei einer Reihe führender Persönlichkeiten des Frontbannes, der eine nationalsozialistische Organisation ist, vorgenommen worden. Das vorgefundene Material ergab, daß Geheimbündelei vorliegt und daß die Verpflichtungserklärung von neu eingetretenen Mitgliedern bis in die letzte Zeit hinein — es sind Erklärungen vom 15. September gefunden worden — in der geschuldeten Form verlangt und gegeben worden sind.

Die Durchsuchungen ergaben weiter, daß der Frontbann, der entgegen anderslautenden Behauptungen kein eingetragener Verein ist — die Eintragung ist nur beantragt —, gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 betreffend Verbot der Bildung militärischer Verbände verstößt.

Festgenommen wurden 18 Personen, von denen 10 als Führer der Organisation am 30. Oktober dem Richter zugeführt sind.

Gegen sechs Personen hat der Richter Haftbefehl erlassen. Die Behauptung des „Deutschen Tageblattes“ vom 1. November 1925 Nr. 257, daß die Polizei gewissermaßen als Geißel den Bruder des nicht angeklagten Frontbannmitgliedes Jurk festgenommen hätte, ist falsch. Dieser ist vielmehr freiwillig den Beamten gefolgt, da er, wie er selbst angab, über den Verbleib des beschlagnahmten Materials näheres erfahren wollte. Eine Festnahme, zu der die Polizei im übrigen während der schwebenden Durchsuchungen und Festnahmen berechtigt gewesen wäre, ist nicht erfolgt. Bei einigen der Festgenommenen sind einzelne Schußwaffen vorgefunden worden. Auch hat sich ergeben, daß der gegen den Führer des Frontbannes Hauptmann a. D. Röhrbein schon länger bestehende Verdacht persönlichen Mißbrauchs seiner Führerstellung durch strafbare Beziehungen zu jugendlichen Mitgliedern sich bestätigt hat, so daß das Verfahren aus § 175 St.G.B. eingeleitet worden ist. Es trifft zu, daß bei der Durchsuchung in der Wohnung Röhrbeins morgens um 7 Uhr ein jugendliches wohnungsloses Frontbannmitglied festgenommen wurde, das einen vergeblichen Fluchtversuch unternahm. Die gesamten Vorgänge sind bereits am Tage nach Vornahme der Durchsuchungen am 30. Oktober der zuständigen Staatsanwaltschaft zugeleitet.

## Grevesmühlen im Ruhrgebiet.

Der Kampf der Staatsanwaltschaft gegen die Freunde der Republik.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden am Montag in Bochum die Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Arbeitersekretär Dahm, Buchhändler Schult und Arbeiter Walter verhaftet. Das Verbrechen, das ihnen als Grund von Denunziationen zur Last gelegt wird, soll Landfriedensbruch sein. Tatsächlich sind die drei angeklagten, alleingewesenen Bürger der Stadt Bochum alles andere als Landfriedensbrecher; mit aller Kraft sind sie stets bemüht gewesen, das Reichsbanner von den Ruhestörungen der Rechtsorganisationen fernzuhalten und Zusammenstöße zu vermeiden. Trotz des Verbots des Innenministers ziehen die Mitglieder der rechtsstehenden Bünde seit der Räumung des Ruhrgebietes fast Abend für Abend und Nacht für Nacht in geschlossenen Zügen und mit Knüppeln und sonstigen Waffen versehen durch die Gegend und bedrohen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den Städten des Ruhrgebietes in unerhörter Weise. Fast täglich kommt es dabei zu Schießereien mit dem Revolver. Die Polizei hat bei Verhaftungen von Mitgliedern des Stahlhelms, des Bismarck und anderer Rechtsorganisationen in Dortmund und Bochum vielfach Gelegenheit gehabt, Revolver und Schlagwaffen in großer Zahl zu beschlagnahmen. Ris aber hat man davon gehört, daß die Staatsanwaltschaft gegen diese Revolverhelden im Lager der Rechten mit energischen Maßnahmen eingeschritten wäre. Um so größer ist jetzt die Empörung der republikanischen Bevölkerung des Industriebezirks über das willkürliche und einseitige Vorgehen der Staatsanwaltschaft.

## Für die Gemeinschaftsschule.

Rundgebung des Senats der Universität Leipzig.

Leipzig, 3. November. (TL) Der Akademische Senat der Universität Leipzig hat folgende Rundgebung beschlossen: Der Senat der Universität Leipzig sieht es als geboten an, daß jede reichsgerichtliche Ordnung der deutschen Schule den religiösen, sittlichen und erzieherischen Werten, die die Befähigung in sich verbergen, sowie dem Willen der Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder zu diesen Werten hingeführt zu sehen wünschen, das Recht der freien Auswirkung sichere. Er lehnt aber eine Wieder- einführung der sog. geistlichen Schulaufsicht auch in der Form einer kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts sowie jede Antastung des Charakters der Volksschule als einer Staatsanstellung und der Lehrer als Staatsbeamter nachdrücklich ab. Er fordert endlich, daß unbeschadet der Rechte der „Befähigungsschule“ als einer mit den anderen Schularten gleichberechtigten Staatsschule, die „Gemeinschaftsschule“ feinerer Be- einträchtigung erfährt, am wenigsten an den Stellen, wo sie bereits eingebürgert und bewährt ist.

## Ein Wort zu den Museumsbauten

Im Landtag wird in diesen Tagen der Etat des Kultusministeriums verhandelt, wobei auch über die Art, wie der Fortgang der Bauten auf der Museumsinsel gefördert werden soll, entschieden werden wird. Der Hauptausschuß hat sich schon vor vierzehn Tagen mit dieser Frage beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, der an die schlimmsten Zeiten wilhelminischer „Kunstpflege“ erinnert. Nach diesem Beschluß sollen zunächst nicht die Innenräume ausgestaltet werden, sondern der noch fehlende Vorbau des Pergamon-Museums und die Halle am Wasser, die den nördlichen und südlichen Flügel des Neubaukomplexes verbindet, hergestellt und an die plastische Ausschmückung der Giebelfronten gegangen werden. Das heißt also, es soll vor allen Dingen ein von außen schön aussehender Museumsbau geschaffen und dann erst, also nach recht langer Zeit, an die Einrichtung der Innenräume gegangen werden. Diese für die Unterbringung der Kunstschätze, die jetzt in abgelegenen Magazinen und Baracken lagern, wo sie von niemand gesehen und besichtigt werden können, so notwendigen inneren Einrichtungen sollen also noch weiter vertagt werden, damit das Volk sich an dem Anblick eines leeren Museums erfreuen kann.

Kaufen hui! innen psul! ist man versucht zu sagen. Diese Art des Vorgehens bei derartigen Bauten ist geradezu unbegreiflich — ist sie doch, wie nur je zu Wilhelms II. Zeiten, in erster Linie auf äußeren Prunk gerichtet. Gemäß soll das Baumaterial schön und würdig sein, und je eher die äußeren Schmuckteile fertiggestellt werden können, um so besser — wenn erst die Kunstschätze untergebracht und dem Volke zugänglich gemacht sind. Dies ist doch schließlich die Hauptaufgabe und nicht das Ueßere. Die Baukommission des Museums und die beteiligten Museumsdirektoren sind, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, zu der Sache nicht gehört worden und sie sind geradezu entsetzt über den Beschluß des Hauptausschusses. Sie wünschen, wie eigentlich jeder vernünftige Mensch, daß die Innenräume sobald als möglich zugänglich werden, damit der Pergamonaltar, die griechischen und orientalischen Ausgrabungen, die ägyptischen Denkmäler und die ganze Entwicklung der deutschen Kunst endlich einmal zur Anschauung der weitesten Volksschichten gebracht werden. 45 Jahre ist der Pergamonfries — um nur dies eine hervorzuheben — um den uns die ganze Welt beneidet, in Berlin und nur 5 Jahre war er würdig aufgestellt und jetzt soll er noch auf lange Zeit in ungeeigneten Magazinen liegen bleiben! Die äußere Fassade könnte ohne Schaden noch recht lange sich dem Blick unferig darbieten; sie würde so nur Zeugnis ablegen dafür, daß die Republik Preußen ein gewaltiges Unternehmen von höchster kultureller Bedeutung auch in diesen schlimmen Zeiten fördert, wenn sie es auch nicht zu einem schnellen Ende zu führen vermag.

Rüge der Landtag sich noch in letzter Stunde befinnen und den Beschluß des Hauptausschusses abändern!

## Hohe Kunst und höhere Tochter.

Harald Kreuzberg kommt vom Ballet. Seine Technik stammt von dort. Zum Teil auch sein Stil. Aber er hat alle Mängel und Schäden des Altmodischen-Decorativen überunden. Sich zu einer rein selbst ausdrucksvollen Kunst durchgerungen und abgeklärt. Der feminine Duft ist verfliegen, der ihm früher zuweilen anhaftete. Ein männlicher Tänzer? Nicht ganz. Eher ein Pöge, ein Knappe, ein anmutiger, temperamentvoller Knabe. Knabenhaft, nicht weiblich, die stieliche Leichtigkeit der Schwünge und Sprünge in der „Arabesque“. Knabenhaft die rührende Rüdigkeit am Schluß des „Rächtlichen Tanzes“. Knabenhaft das Spielrische, das sich wie eine ändernd hingeworfene Blütenzweigle durch manche Tänze schlingt. Alles dieses keine Fehler, keine Mängel, sondern reizvolle, ganz persönliche Noten eines wahrhaft großen Künstlers. Eines Künstlers, dessen Schaffen scheinbar mühelos, naturwüchsig und ursprünglich dem reichen Born eines zarten, differenzierten Innenlebens entspringt. Eines Künstlers, dem zwar die strenge monumentale Linie fehlt, der aber im „Aufsich“ Stärktes und Tiefstes ergreifend gestaltet und hier ein Thema rein tänzerisch bewältigt, mit dem sonst effektulsterne Pantomimen beiderlei Geschlechts wohlfeile Vorbeeren zu ernsten pflügen. Ein Gipfel der modernen Tanzbühne. Ein Berufener und Auserwählter.

Woran man den Berufenen und Auserwählten erkennt? An der zwingenden Notwendigkeit des Schaffens, an der Reiblichkeit des Gestaltens. Jeder Schritt, jeder Sprung, jede Arm- und Fingerbewegung scheint aus dem innersten Kern seines Wesens zu kommen. Man hat das Gefühl: es muß so, es kann nicht anders sein.

Das Fräulein Edit Rezen, das sich mit Kreuzberg zusammen in dem schimmern Rindwirth-Scharwenta-Saal (unzulängliche Bühne, stereotyp verlagene Beleuchtung) produziert, gehört mit nichten zu den Berufenen und Auserwählten. Sie gehört zu dem heute nicht seltenen Lappus der höheren Tochter, die, niedlich anzusehen und mit einem kleinen Talentchen behaftet, durch ihre Tanzkünste im Familienkreise Beifall fand und sich nun für eine Künstlerin hält. Aus welcher Schule sie hervorgegangen ist, weiß ich nicht. Die fatale Steifheit des Kreuzes deutet auf Ballett. Jedenfalls müht sie sich, „moderne“ zu tanzen. Und ihr reichbewegtes Menempiel zeigt, daß sie stets streng bei der Sache ist. Aber der Körper geht nicht mit. Seine Bewegungen zerfließen und zerflattern ziellos ohne jede Ausdruckskraft. Disorientismus. Ahnungs- und hoffnungslos. John Schittowski.

Gaspiel des Schiller'schen Barentheaters. (Theater in der Klosterstraße.) Eine literarische Angelegenheit ist „Der Ehe- streit“ von Julius Pohl nicht: Die neue Reinerin im „Bären“ erregt die Eifersucht der Bäuerinnen, die schließlich, um ihre Männer für den zu regen Wirtschaftsbetrieb zu bestrafen, in den Ehestreit treten und die Heimkehrenden an der verschlossenen Kammertür rütteln lassen. Wie sich's versteht: Ende und damit alles gut. — Für drei Aufzüge ist der Stoff nicht eben reichlich, und man hätte sich das Spiel gern um eine gute halbe Stunde mindestens gekürzt gewünscht, trotzdem sich Menschen mit so ursprünglicher Spielfreudigkeit dafür einsetzen wie die Truppe Jasper Terofals. Der Bardi und die Anamierl, die beiden Alten, die aber trotz ihres Alters

noch in die schönste Eiferjucht geraten und, versteht sich, den Ehe- streit mitemachen, sind die beiden köstlichsten Gestalten des Abends, Faver und Anna Terofal. Selbst wo das Wort unecht ist, Gesten und Tonfall, und nicht zu vergessen, die Masken, sind so echt, daß man vor Freude manchmal schreien möchte. Dann gibt's noch eine Handvoll prächtiger Frauen, voran die Burzl, von der Witzl Staller als eine Schlampe dargestellt, wie sie glaubhafter kaum denkbar ist. Wenn sie mit den anderen am Tisch sitzt und sich ihr unordentliches graues Haar zu einem Knoten heraufwürgt, oder sich bemüht, ihrem Mann die Hälfte des Tabaks wegzurauen, dann könnte sie einem bayerischen Jüde zum Wohl dienen. Und dann die wundervolle Wimpfingerin Anamierl Hock! Der Sohn des Bardi und der Anamierl, der Schmied Jochen und sein Weib Pepi, wurden von Karl Ritter mayr und Fannert Rittermayr-Terofal gespielt, aber mit einem zu offensichtlichen Diebaugein nach dem Zuschauertraum dargestellt; doch vielleicht war das nur ein Fehler des ersten Abends. — Das Publikum war, nach dem Beifall zu schließen, mindestens befriedigt. Besondere Freude erregte das Schiller'sche Virtuosen-Trio, das sich nach dem ersten Akt hören ließ. Es sei festgestellt, daß der stürmische Applaus verdient war. [Les.]

Der Hegarchor hatte sich eine große Aufgabe gestellt, als er in der neuen Welt größere Werte der Romantik mit Orchester zu Gehör brachte. Unter H. G. Röhrbach's sicherer Leitung wurden Webers Duvertüre zu „Euryanthe“, Rheinbergers „Johannisnacht“ und als Hauptstück des ganzen Abends das längere Chorwerk „König Laurins Kosenarten“ von Bolbach zu Gehör gebracht. Das letztere erklang zum erstenmal in Berlin. Es liegt im typischen Oratorienstil, stellt besonders zahlreiche und auch stellenweise recht hohe Anforderungen an den Chor, der der Verein geschickt und sicher löste, und bedient sich im Orchester der ganzen Palette Wagner'scher und Nachwagner'scher Farben, die in der Hand eines nur-Talentes allerdings bald abgedämpft wirken. Die Sprecherstelle des dritten Teiles ist der Gipfel ästhetischer Geschmackslosigkeit. Der Hegarchor nun hatte sich dieses Wertes mit viel Fleiß und Hingabe angenommen, vielleicht mit mehr Aufopferung als diese uns doch eigentlich recht gleichgültig lassende „Jewish Heidenmair“ es eigentlich verdient. Und er sang das Wert mit schönem Klang, guter Sprachbehandlung und einer stellenweise besonders packenden Schlagkraft. Chormeister Röhrbach setzte sich mit Berne und Eion für seine Erläuterung ein und hatte seinen Chor und auch das Orchester fest in der Hand. Die Blüthenreihe (Berliner Sinfonie-Orchester) durchlegte die Aufführung mit prächtigen Klängen, wenn sie auch nicht aus der referierten Haltung zu bringen waren, die unsere großen Orchester eben nur unter ganz starker Hand aufzugeben pflegen. Theodor Heß von der Wyl sang den her- sendenden und kämpfenden teuflichen Helden mit all seinen schönen Mitteln. Der Verein kann mit dem Erfolg dieses ersten Abends wohl zufrieden sein. E. G.

Die Generalverwaltung des Staatstheater hat der Hedwig-Wangel- Hilfe das Schiller-Theater für Montag, den 19. Nov., 11/2 Uhr, zu einer Matinee zur Verfügung gestellt. Mitwirkende: Kammerängerin Hilde-Warell, Ma Durieux, Gertrud Wertheim (Gambalo), Wilhelm Karas (Regulation). Billets zu 2 und 1 R. bei Herrheim, Bote & Tod und an der Tageskasse.

## Der neue Zusammenbruch.

Cosmann will nicht mehr verantwortlich sein.

Im Münchener Prozeß stellte der Sachverständige Amtsgerichtsrat Dr. Herz fest, daß die Dolchstoßartikel in den „Süddeutschen Monatsheften“ nicht nur objektive, sondern auch subjektive Fälschungen, d. h. bewußte Unwahrheiten enthalten.

Derartige Feststellungen sind vernichtend für den Ruf einer Zeitschrift, die Anspruch auf wissenschaftlichen Wert erhebt. Ein Herausgeber, der den Vorwurf der bewußten Fälschung schweigend auf seiner Zeitschrift sitzen läßt, erledigt damit sich und seine Zeitschrift.

Was unternimmt Cosmann, der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, auf die Feststellung des Sachverständigen? Er schweigt nicht nur, sondern er läßt es auch schweigend zu, daß der Versuch unternommen wird, ihn persönlich vor den Folgen der Feststellungen zu bewahren, indem die Frage aufgeworfen wird, ob der Herausgeber einer periodischen Zeitschrift für die nicht unter seinem Namen erscheinenden Aufsätze verantwortlich ist, da er sie vor ihrem Erscheinen nicht gekannt zu haben braucht.

Die Dolchstoßlegende endet mit einer moralischen Katastrophe ihrer Urheber. Mit ihr sind auch sie erledigt. Das Empfinden leidet auch die Rechtspreß, die zu Beginn des Prozesses die Ausführungen der Sachverständigen nicht ausführlich genug bringen konnte. Sie unterdrückt die Aussagen der Sachverständigen Prof. Delbrück und Amtsgerichtsrat Dr. Herz. Sie gibt damit zu, daß sie auf die sachliche Erledigung der Dolchstoßlegende nichts zu erwidern weiß. Die Lüge ist zusammengebrochen, aber die Wahrheit soll nicht ans Tageslicht.

Damit ist bewiesen, daß der Zweck des „Dolchstoßes“ nicht die Aufwindung der geschichtlichen Wahrheit, sondern die Verleumdung der Sozialdemokratie war.

## Jubiläumsgeschenke und Lohnsteuer.

Eine Entscheidung des Finanzministeriums.

Auf Grund einer factischen Vereinbarung erhalten die Arbeiter der Stadt Berlin nach 25jähriger Arbeit ein Jubiläumsgeschenk von 100 M. Obgleich dieses Geschenk wirklich nicht erschreckend groß ist, wollte der Magistrat davon doch noch die Lohnsteuer abziehen. Daraufhin wandte sich der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter unter Vermittlung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an das Reichsfinanzministerium und beantragte, das Jubiläumsgeschenk für steuerfrei zu erklären.

Im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung hat das Reichsfinanzministerium auch dahin entschieden und den Magistrat der Stadt Berlin angewiesen, das Geschenk steuerfrei zur Auszahlung zu bringen. Das Finanzministerium hat es allerdings abgelehnt, solche Jubiläumsgeschenke ein für allemal für steuerfrei zu erklären. Immerhin ist durch diese Entscheidung ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen worden, auf den in ähnlichen Fällen Bezug genommen werden kann.

## Die Deutschen an die Front! . . .

. . . Wenn es gilt, vor Mussolini auf dem Bauch zu kriechen.

W.B. meldet aus Rom:

Mussolini empfing heute die zu ihrer 2. Tagung hier versammelten Direktoren der internationalen Nachrichtenagenturen, die ihm von den Generaldirektoren der Agency Stefani vorgestellt wurden. Nachdem er sich über die Arbeiten der Tagung unterrichtet hatte, hielt er eine herzliche Begrüßungsansprache an die Anwesenden, in der er die Bedeutung der Aufgabe der Nachrichtenagenturen hervorhob, die die öffentliche Meinung der Welt mit vollkommener Sachlichkeit und größter Genauigkeit unterrichten sollen. Er appellierte an diese Sachlichkeit, damit die Leiter der Nachrichtenagenturen in ihren Ländern die wahre Lage in Italien schildern, wo, wie alle Anwesenden persönlich hätten feststellen können, nachdem der Faschismus ans Ruder gelangt sei, Ruhe, Disziplin, Ordnung und Liebe zur Arbeit herrsche.

Im Namen der Direktoren der Nachrichtenagenturen antwortete Dr. Mantler, Direktor von Wolffs Telegraphischem Bureau, indem er die Gefühle lebhaftesten Dankes für die Ehre dieses Empfanges und für die unvergeßliche Aufnahme zum Ausdruck brachte, der sämtlichen Teilnehmern an der Tagung in Italien bereitet worden sei, so daß diese bei ihrer Abreise begeisterte Erinnerungen mit sich nehmen. Er fügte hinzu: Sämtliche Teilnehmer an der Tagung stellten mit der lebhaftesten Genugtuung fest, wie grundlegend sich die Verhältnisse in Italien geändert hätten, seitdem der gegenwärtig an der Spitze der Regierung stehende hervorragende Mann die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen hat, und wie überall Wohlstand, Ruhe und ersprießliche Tätigkeit zu bemerken sind. Dr. Mantler schloß mit Wünschen für die Wohlfahrt Italiens.

Mussolini drückte darauf allen Anwesenden nochmals die Hand.

In Berliners Pressekreisen ist das unterwürfige Verhältnis des W.B.-Direktors zur jeweiligen Obrigkeit ebenso sattem bekannt, wie seine stöckelnde Gesinnung. Daher braucht man sich über die kriecherische Rede, zumal als Dankesquittung für einen festmachenden Händedruck Mussolinis, nicht zu wundern. Aber protestieren muß man dagegen, daß jemand, der sich zur deutschen Presse rechnet, vor dem Unterdrücker der italienischen Pressefreiheit in Ehrfurcht erstirbt. Es fehlte nur noch, daß der überaus „nationale“ Dr. Mantler seinen Dank dem Diktator für die tatkräftige Förderung der deutschsprachigen Presse Südtirols ausdrückte, deren letzte Tageszeitung kürzlich unter den faschistischen Verfolgungen ihr Erscheinen einstellen mußte! An zuständiger Berliner Stelle wird uns auf Anfrage erklärt, daß Dr. Mantler natürlich keinerlei amtlichen Auftrag der deutschen Regierung hätte und seine Rede lediglich als Privatperson gehalten hat. Um so erschließlicher muß man dagegen Verwahrung einlegen, daß das W.B., dessen offizieller Charakter unbestreitbar ist, die privaten Ergüsse seines Direktors in einer Weise verbreitet, die nicht anders aufgefaßt werden kann, als eine reklamenhafte Verherrlichung des Faschismus und seines Häuptlings.

„In wahrhaft faschistischer Weise“. Der Minister des Innern, Heberglott, wird „Popolo di Roma“ zufolge nach Südtirol reisen. Diese Reise soll, wie verlautet, den Beweis dafür erbringen, daß Italien das Südtiroler Problem in wahrhaft italienischer und faschistischer Weise regeln wolle (!).

Der persönliche Amtsrat. Der bisherige Premierminister und jetzt „Kollisionsbeauftragter“ Rifa Khan hat den Finanzminister Gola el Mulk erlaubt, das Amt des stellvertretenden Premierministers zu übernehmen. Gola hat angenommen. Man glaubt, daß er in den nächsten Tagen um Reubildung des Kabinetts sucht werden wird.

# Auf keinen Fall Lückenbüßer!

Verammlung der Berliner Parteifunktionäre.

Vor den Berliner Funktionären sprach gestern Genosse Breitscheid über „Locarno und die deutsche Politik“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Genossen Crispianus aus Anlaß seines 50. Geburtstages.

Genosse Breitscheid erinnerte zunächst an die Reichstagswahl im Dezember vorigen Jahres und kennzeichnete die Lage, die damals zur Neuwahl geführt hatte und in deren Folge das Kabinett Luther ans Ruder kam. Die Deutschnationalen hatten nun die Möglichkeit, nach ihren seit Jahren gemachten Versprechungen zu handeln. Das schien insbesondere nach der Wahl Hindenburgs günstig zu sein. Jetzt kann man nun ihr lange gepriesenes „Retungswort“ prüfen. Gerettet bis zu einem gewissen Grade ist der agrarische und industrielle Großbesitz auf Kosten der breiten Masse. Steuerpolitik und Zollpolitik waren ihre Mittel. Nur ganz kleine Verbesserungen konnten an diesen Befehlen gegen den schwersten Widerstand der Deutschnationalen und ihres Anhanges von der Sozialdemokratie durchgeführt werden. Innenpolitisch haben sie also auf ihre Art „gerettet“.

Außenpolitisch haben sie beständig immer den brutalen Machtstandpunkt vertreten. Man erinnert sich ihrer Kritik an der Außenpolitik von Versailles bis zum Dawes-Gutachten. Man erinnert sich auch ihrer

### 50prozentigen Zustimmung zum Dawes-Gutachten.

Trotz monatelanger Beteiligung an der Regierung haben sie positiv von ihrem außenpolitischen Programm nichts verwirklicht. Nur negativ konnten sie nach Abschluß der Beratungen von Locarno wirken und versuchen Sabotage zu treiben.

Genosse Breitscheid schilderte die Bemühungen Frankreichs, England und Amerika als Garantien für die im Vertrag von Versailles festgelegten Grenzen zu gewinnen. Erst als Poincaré durch Herriot abgelöst wurde, gelang es jenes Genser Protokoll zu schaffen, das Frankreich gewisse Sicherheiten gegen einen Angriff vom Rhein her gab. Als aber MacDonald gestürzt wurde, schied das Genser Protokoll in Frage gestellt zu sein. In dieser Lage machte Dr. Stresemann im Februar dieses Jahres an Frankreich ein Sicherheitsangebot, das jetzt im wesentlichen im Vertrag von Locarno verwirklicht wurde. In diesem Angebot erklärte Stresemann, daß die am Rhein interessierten Staaten sich zu treuen Händen der Vereinigten Staaten verpflichten sollten, keinen Krieg gegeneinander zu führen, daß sie sich

### den gegenwärtigen Besitzstand garantieren

sollten.

Schon das Angebot Cunos und das vom Mai 1923 enthielt ähnliche Gedankengänge. Aber erst die Denkschrift Stresemanns fand einen Widerhall in England und Frankreich. Zu dem Sicherheitsangebot Stresemanns waren keinerlei Bedingungen geknüpft. Erst nach geraumer Zeit legten die Deutschnationalen durch, daß an das deutsche Sicherheitsangebot gewisse Bedingungen geknüpft wurden. Ein kein ganz ungefährliches Beginnen. Denn die Gegenseite konnte in den verpatet mitgeteilten Bedingungen eine gewisse Unehrlichkeit sehen. Trotzdem kam es zur Konferenz von Locarno, auf der die Paraphierung von Garantieverträgen erfolgte.

Die Vertragsschließenden verpflichteten sich, den Frieden in Europa zu sichern. Die Grenzen sollen so garantiert werden, wie sie im Vertrag von Versailles festgelegt sind. Schiedsverträge wurden zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Belgien abgeschlossen. Ein unparteiisches Schiedsgericht soll alle Streitigkeiten schlichten. Nehmliche Verträge wurden mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Fügt sich ein Vertragspartner nicht dem Spruch des Schiedsgerichts oder des Völkerbundesrates, so tritt die Exekutive der übrigen Völkerbundsmächte gegen ihn in Kraft. Diese Verträge sollen in Kraft treten, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Das Kennzeichen dieses Vertrages ist, daß

### in den Angeiß des Verfallter Vertrages Dreieck gelegt

wurde. Der Unterschied zwischen Sieg erund Besiegte beginnt zu verschwinden. Wir sind am Beginn einer maßgebenden Verhandlung zwischen den am Verfallter Vertrag interessierten Mächten. Deutschland hat darauf verzichtet, Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmédy mit Waffengewalt zurückzubekommen. Eine Volksabstimmung in diesen Ländern könnte es trotz des Vertrages an sich ermöglichen, daß sie zu Deutschland zurückkehren. Aber wenn die Elsaß-Lothringer lieber Franzosen als Deutsche sein wollen, so haben die Deutschnationalen wesentlich dazu beigetragen.

Zweifellos ist in diesen Verträgen noch nicht die ideale Gleichberechtigung Deutschlands verwirklicht. Aber der Geist, aus dem sie geboren wurden, ist ein anderer als wie er aus dem Vertrag von Versailles spricht.

Die Stimmung in Frankreich und England ist heute eine andere als vor dem Kriege. Wirtschaftliche Gründe sind es vor allem, die der Verzicht zum Durchbruch verhelfen:

Das uneinige, wirtschaftlich und politisch zerrissene Europa vermag sich in der Welt nicht zu behaupten.

Locarno läßt in der Zukunft die europäische Zonunion, vielleicht sogar die Vereinigten Staaten von Europa sehen. Daher sind wir Sozialdemokraten grundsätzlich mit den Verträgen von Locarno einverstanden. Wir haben die Verpflichtung, auch in der kapitalistischen Welt jeden Keim des Friedens zu fördern und zu pflegen. (Zustimmung.) Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird der Friede sowohl eine sittliche als auch eine juristische Angelegenheit sein.

In Locarno wurde

die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie fortgesetzt.

## Räumungsvorbereitungen.

Eine offiziöse Meldung.

Mainz, 3. November. (W.B.) Von maßgebender Seite wird dem „Mainzer General-Anzeiger“ mitgeteilt: Es ist nunmehr endgültig bestimmt, daß die englische Rheinarmee, etwa 10 000 Mann, nach der Räumung Kölns in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenkopfes Mainz und zwar in die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Rheingau und Untertaunuskreis verlegt wird. Die Kreise Königstein, Ober-Taunus, Höchst a. M., Großgerau usw. bleiben von französischen Truppen besetzt.

In der Stadt Wiesbaden wird das englische Hauptquartier und der gesamte Generalstab sein Standort nehmen, ebenso werden dort sämtliche Bureaus und die Militärpolizei in Stärke von 700 Mann, die auf die verschiedenen Kreise verteilt werden, untergebracht. Von der in Wiesbaden eingetroffenen englischen Militärkommission unter Oberstleutnant Sidney Turner, die vorher auch die Stadt Koblenz nochmals einer eingehenden Besichtigung unterzog, wurden zunächst die von französischen Posten besetzten Wohnungen sowie die Kasernen und die als Kasernen benutzten Schulen und Hotels besichtigt, nachdem ihr vom französischen Wohnungsamt Wohnungslisten ausgehändigt worden waren. Der Termin, an dem die Ueberführung der Truppen erfolgt, ist noch unbestimmt.

Die in dem Gebiet des rechtsrheinischen Mainzer Brückenkopfes in den Kreisen Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Rheingau, Unter-

Wir stehen zu der Regierung Luther in der schärfsten Opposition. Aber wir treiben die Opposition nicht um ihrer selbst willen. Wenn wir Sozialdemokraten mit einem solchen Vertrag nach Hause gekommen wären, ach wir wären ja gar nicht bis nach Hause gekommen (Zustimmung), hätte man uns Landesverräter genannt.

Herr Stresemann hielt im Auswärtigen Ausschuss eine begeisterte Rede auf den Völkerbund, und als wir darauf aufmerksam machten, daß wir das schon vor zwei Jahren gefordert hätten: „Ja“, sagte Herr Stresemann, „das ist heute auch ganz was anderes.“ (Heiterkeit.)

### Die Kommunisten

lehnen die Verträge von Locarno ab. Sie sind nationaler als die Deutschnationalen, russischer als die Sowjetrussen (Heiterkeit.) Die Phrase „Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland“ ist eben eine Phrase. Rußland hat das größte Interesse, sich mit Frankreich und England zu verständigen. Wir sind für Freundschaft mit Rußland. Auch wir sagen: „Hände weg von Sowjetrußland“. Wir machen kein Unternehmen mit, das sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes wendet. Wir sind gegen den englischen Imperialismus in Asien, wir sind aber auch ebenso gegen den russischen Imperialismus. (Zustimmung.)

### Die Deutschnationalen

haben die Reise nach Locarno bis zur letzten Station mitgemacht. Jetzt mußte es selbstverständlich sein, daß sie bei der Partei blieben. Es schien auch so. Herr Westarp sagte nicht nein und Herr Luther bestätigte, daß er auf einstimigen Beschluß des Kabinetts gehandelt habe. Und drei Tage später zogen sie ihre Minister aus der Regierung. (Heiterkeit.) Die Deutschnationalen sind eben keine einheitliche Partei. Daher schwankt ihre Politik. Die Anhänger der nationalen Gewe haben in ihr jetzt, wo Zoll und Steuern in der Scheune sind, das Uebergewicht erhalten. (Zustimmung.)

Wie haben Luther und Stresemann für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung geworben! Es ist ihnen nicht gelungen, sie in ihrem Sinne politisch zu erziehen.

Nun fragt es sich für uns, ob die Lage noch dieselbe ist wie die, als Luther und Stresemann aus Locarno zurückkehrten. Die Fraktion hat bisher noch nichts beschlossen. Herr Luther verneint die Krise. Wir sehen, daß das Kabinett und die Regierungsparteien „einig“ seien. Worin sind sie einig? Wohl in dem, daß sie nicht wissen, was sie tun sollen. (Heiterkeit.) Herr Luther glaubt vielleicht, daß er höhere Politik mit den Sozialdemokraten, seine innere gegen sie machen könne.

Wir haben Herrn Luther bereits im Auswärtigen Ausschuss erklärt, daß wir keine Veranlassung haben, als Lückenbüßer für die Deutschnationalen einzutreten. (Beifall und Handclauschen.)

Täten wir es, würden die Deutschnationalen uns des Landesverrats zeihen und, wenn die Tinte unter dem Vertrag getrocknet ist, werden sie wieder an die Tür der Regierung klopfen, und Herr Luther wird erklären, daß in dieser Partei so wertvolle Kräfte schlummern und daß man mit Sozialdemokraten keine Wirtschafts- und Finanzpolitik machen könne. Und die Deutschnationalen gingen in die Regierung und erklärten, daß sie die „Durchführung“ der Verträge bemerken müßten. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen.

Wir dürfen daher in diesem Reichstag nicht für die Verträge von Locarno stimmen, wenn die Deutschnationalen nicht auch dafür stimmen. (Zustimmung.)

Das bedeutet die Auflösung des Reichstages. Die Bildung der „Großen Koalition“ ist in dieser Lage unmöglich. (Beifall und Handclauschen.) Es gibt noch andere Fragen als Locarno, die wir unmöglich in der „Großen Koalition“ praktisch lösen können. Der Redner erörterte die Möglichkeiten einer Wahl und ihrer Folgen. Wenn man diese Möglichkeiten und ihre Folgen auch nicht günstig beurteilt, gibt es keinen anderen Weg, als den, die Reichstagsauflösung zu erzwingen. Die Neuwahlen ergäben sicherlich eine Mehrheit für Locarno. Das stärkte Deutschlands Ansehen. Wenn dann die Deutschnationalen im neuen Reichstag gegen Locarno stimmen, könnten sie nicht so rasch in die Regierung eintreten.

Allerdings gibt es keine Sicherheit, daß die Deutschnationalen doch noch einmal umfallen. Vielleicht gibt man ihnen noch weitere Befolgungen. Solche Dinge sind in Deutschland nicht unmöglich, und Herr Luther ist ein Mann, geschickt im Knüpfen von Fäden und Fädschen.

Daher dürfen wir den Deutschnationalen nicht durch Zustimmung zum Wert von Locarno die Ablehnung erleichtern. (Beifallige Zustimmung.)

### In der Diskussion

fragte Genosse Häuser, wie Genosse Breitscheid zum § 16 des Völkerbundespaktes stände. — Eine andere Anfrage wünschte Aufklärung, wie die Sozialdemokratie sich verhalten würde, wenn an Stelle von Luther ein Beamtenkabinett die Regierung übernehme.

### Im Schlußwort

erklärte Genosse Breitscheid, daß nach seiner Meinung die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Locarno-Verträgen in diesem Reichstag von der Zustimmung der Deutschnationalen abhängig zu machen sei, ohne Rücksicht auf das an der Regierung befindliche Kabinett. Nachdem er noch den Inhalt des § 16 klargestellt hatte, fand die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie ihren Abschluß.

taurus seither untergebrachten französischen Regimentern und sonstigen Formationen, die bekanntlich zu dem 30. Armeekorps gehören, sowie das Generalkommando des 30. Korps, wurden vorläufiglich nach dem preussischen Kreis Kreuznach sowie nach dem hessischen Kreise Bingen und Mainz verlegt. Es sei beabsichtigt, daß der Sitz des Generalkommandos des 30. Armeekorps die Stadt Kreuznach werden soll. Wie weiter verlautet, sollen in dem von französischen Truppen besetzten Rheinland 33 Kreisdelegierte abberufen werden, deren Stellen eingezogen werden.

## Die britischen Gemeindewahlen.

Weitere Gewinne der Arbeiterpartei.

London, 3. November. (W.B.) Nach den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen in den 80 größten Provinzstädten hat die Arbeiterpartei gegenüber den Konservativen und Liberalen einen Gewinn von 47 Sitzen zu verzeichnen. In London, wo das Wahlergebnis noch nicht vollständig vorliegt, ergibt sich bisher für die Arbeiterpartei ein Gewinn von 33 Sitzen.

Der preussische Wohlfahrtsminister hat das „Deutsche Tageblatt“ wegen fortgesetzter Verleumdung verklagt. Das völkische Heftblatt hielt trotz Wiederlegung die von dem völkischen Abgeordneten Bieseler erhobenen Verleumdungen über den Wiener Besuch des Ministers aufrecht. Die Ausgaben, in denen das geschehen ist, wurden, soweit sie noch vorhanden waren, von der Polizei beschlagnahmt.



Die vierte Klasse.

Die deutsche Reichsbahn kann sich nicht entschließen, mit dem System der vier Wagenklassen zu brechen. Sie scheut den Widerstand jener Leute, deren Bornehmtheit die Berührung mit den weniger Bornehmten, den Winderbmittelten, nicht verträgt.

Den Leuten in der dritten Klasse merkt man es fast stets an, daß sie gern die billige Vierte benützt hätten, und daß nur die Furcht, etwas von ihrem Ansehen einzubüßen, sie zu der höheren Geldausgabe bewogen hat.

In die zweite Klasse gehöre ich nicht hinein, obwohl ich ihrer Sprache mächtig bin. Aber sie würden es bald merken, daß nur noch diese Sprache mich mit ihnen verbindet.

Das ausgelieferte Borkumlied.

Auf Borkum gibt sich befamlich alles, was blond und blau-zugig mit wälfischem Knall ist, ein Stelldichein. Dort haust der Pastor Münchmeyer mit seiner Kluge, dort singt man nach dem Gedicht als Nachschuß sozialgen das stimmungsvolle Borkumlied mit dem Refrain: „Diese Stadt ist judenrein, verdammt soll jeder Jude sein.“

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Wenn man doch die Gedanken los wäre! Sie kamen, besonders des Nachts, wie Wäule aus ihren Löchern und machten sich an einen heran, als wäre man ein alter Schrank voll Gerümpel; und begannen zu nagen, bald hier, bald da.

Rum jährte es sich bald, daß er zum erstenmal in die Heiligkreuzgasse geschlichen war. Andere taten gleiches; viele. Es ging ihnen gut. Nur er hatte Pech gehabt — nein, Unglück. O, solches Unglück! Er neigte den Kopf in seine Hände und weinte bitterlich.

ausgeliefert“. Nicht auszudenkende Katastrophe. Hakenkreuzler Borkums, mahrt eure heiligsten Güter! Rebenbel; wenn deuschonationale Richter unschuldige Republikaner ins Zuchthaus werfen, wälfische Verbrecher frei ausgehen lassen, so findet das wälfische Organ das ganz in der Ordnung.

Wieder ein Abtreibungsprozeß. 60 Frauen unter Anklage, 40 verurteilt.

Ein Prozeß, der ein Seitenstück zu dem Heiser-Prozeß bildet, fand vor dem großen Schöffengericht Neukölln statt. Nicht weniger als vier Verhandlungstage waren für den Prozeß, bei dem nicht weniger als 60 Frauen und Mädchen unter der Anklage der Abtreibung standen, vorgesehen.

Das Treiben der Hebamme Schmidt wurde durch den Tod eines bei ihr in Behandlung gewesenen jungen Mädchens aufgedeckt. Bei der Durchsuhung der Schmidtschen Wohnung fanden Kriminalbeamte ein Notizbuch, in welchem etwa 350 Adressen von Frauen und Mädchen verzeichnet waren, die bei ihr in Behandlung standen.

Dankbarkeit proletarischer Patienten.

Welcher Werkschätzung sich die Ambulatorien der Berliner Ortskrankenkassen bei den breiten Massen in der kurzen Zeit ihres Bestehens erworben haben, zeigt die Huldigung, die die Patienten des Bedding den Ärzten und Schwestern des Ambulatoriums Müllerstraße das am 1. November auf sein einjähriges Bestehen zurückblicken konnte.

Unzüchtige Bilder.

Eine Auseinandersetzung über den Begriff „Kitz“.

Der Maler und Radierer Max Brünig, ein Meisterhäuler von Prof. Franz v. Stud, seinerzeit auch Zeichenlehrer des ehemaligen Kronprinzen in dessen Hauptquartier in Charleville, stand in der Berufungsinstanz vor der 2. Strafkammer des Landgerichts 1.

Es handelte sich um 3 Bilder des Künstlers: „Ambratensch“, „Kleidernot“ und „Abendtoilett“, bei denen das Schöffengericht die Art und Weise, wie der Künstler weibliche Oberkörper darstellte, als unzüchtig bezeichnet hatte.

Revision des Impfwanggesetzes.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages hat der Landtag beschlossen, das Staatsministerium aufzufordern, über die Frage, welche Folgen die Einführung der sogenannten Gemisensklause nach englischem System bei der Impfung in Deutschland hätte, eine Untersuchung vorzunehmen.

Der erste verlangt die Einführung der Gemisensklause nach englischem Muster in Deutschland. Dieser Antrag wurde mit 17 gegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Im impfreudigen (?) Deutschland doch ein gewisser Erfolg.

Im heutigen Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters, Dirigent Prof. Bräuer, gelangen zur Ausführung: Beethoven (Oktet), Violin-Konzert E-Dur (Bach), vorgetragen von Konzertmeister Holz, 2. Sinfonie (Schumann).

zusehen, daß er sein Examen zustande brachte, und daß er dann bald etwas wurde. Was? Das wußte er selber nicht. Alles war langweilig, ausichtslos, kostete Geld.

Mit einem Seufzer hob der junge Mann das Gesicht aus den Händen: und fleißig wollte er sein, so fleißig, daß alle Welt Achtung vor ihm hatte, und vor allem er selber vor sich. Daß der tote Vater nicht mehr aufstehen konnte und ihm ins Gesicht schlagen, daß er diese Erinnerung doch gar nicht los werden konnte!

Durch seine Adern fühlte er es wieder rinnen, wie unter den Händen des Doktor Süßlin, seine Muskeln krampften sich schmerzhaft zusammen, er glaubte den gleichen Schwindel, das gleiche Würgegefühl zu spüren wie damals.

Die Bergmann klopfte ganz anders an, die schlug an die Tür wie mit einem Hammer. Wer war es? Wer pochte so unirdisch leise? Und doch klang es so laut an sein überreiztes Ohr.

„Alga —?“ Das schrie er noch lauter. Da war sie. Da stand sie zögernd auf der Schwelle und schob sich dann langsam herein.

Er sagte kein Wort. Er war so erschrocken, daß er nichts mehr herausbrachte. Was sollte er auch sagen? Eine sehr große Verlegenheit, die an völlige Ratlosigkeit grenzte, hatte ihn befallen.

Er sagte noch immer kein Wort, das Herz stand ihm still bei ihren Worten — wirklich so bald schon? Aber er kniete vor ihr nieder und legte seinen Kopf auf ihre Knie.

Es fiel lange kein Wort mehr, beide schwiegen, man hörte nur das bedrängte Atmen des jungen Mannes. Das Mädchen strich mit zitternder Hand über das dunkellockige Haar auf ihren Knieen — immer wieder — es war eine mütterliche Gebärde.



## Das Lautenband.

Von Anuly.

Es ist ein graues, seidenes Lautenband. Als ich gestern abend meine Saute in die Hand nahm, mich still in eine Sofaede setzte und mit den Fingern ein wenig die Saiten zupfte — da fiel das graue, seidene Band über meine Arme. Erst beachtete ich es gar nicht; dann aber funkelte mir etwas entgegen, das wie Gold glänzte. Für einen Augenblick. Ganz flüchtig. Ich beugte mich nieder und erkannte auf dem Ende des Bandes zwei Buchstaben, die mit Goldfäden in die graue Seide eingestickt waren; sie waren mir gut bekannt. Die Goldfäden bildeten ein S, um das sich ein L schlang.

L. S.! Das waren die Anfangsbuchstaben eines Mädchen Namens. Das Mädchen, Leonore war ihr Vorname, hatte ich in einem Sanatorium kennen gelernt. Sie war dort meine Kameradin geworden. Wir hatten eine glückliche Zeit verlebt. Trotz unserer Krankheit, die eine sehr ernste war. Wir litten an der Lungentuberkulose. Ich spuckte Blut, und meine Kameradin hustete und hatte immer Fieber. Wir beide hofften, gesund zu werden. Und wußten, daß eine lange Zeit dazu gehören würde. Wir waren zuversichtlich und empfanden die Zeit, die so lang war, in der wir aber gesund sein sollten, als eine sehr schöne.

Wir lagen viele Stunden am Tage auf dem Liegestuhl, träumten in den Tag hinein, lasen hin und wieder ein gutes Buch und gingen gemeinsam spazieren. In die Berge hinauf. Auf Wegen, die sich sanft empor schlängelten und in einen dunklen Wald mündeten. Dort standen Kiefern und Tannen, und es roch kräftig nach Ozon. Den saugten wir mit aller Kraft ein. Davon würden wir gesund werden. Das dachten wir. Und wenn wir tüchtig frische Luft eingeatmet hätten, lachten wir wie Menschen, die ein großes, gutes Werk vollbracht haben und gingen heim. Arm in Arm. Ueber uns die Sterne. . . .

In der Nacht lagen wir viele Stunden hindurch wach, weil wir an uns denken mußten. Oft stand ich am Fenster des Turmzimmers, in dem ich — hoch über allen! — ganz allein wohnte und sah auf das Haus hinab, in dem mit anderen kranken Frauen das Fräulein Leonore schlief. Immer schimmerte von ihrem Fenster ein kleiner Lichtschein durch das Dunkel. Ich wußte dann, daß meine Kameradin wach war. Sie dachte an mich, wie ich an sie denken mußte. Unser Schicksal war fast das gleiche. Ich war ein junger Journalist und hatte mir an großen Zeitungen die ersten Erfolge geholt, als die Krankheit zum Ausbruch kam und alles unterbrach. Fräulein L. S. war eine Russistudentin und wurde mitten aus dem Studium gerissen, in dem sie schon ein großes Stück vorwärts gekommen war.

Die kleinen Tuberkeln, die von vielen Menschen eingeatmet werden, ohne ihnen zu schaden, hotten in unsere Lungen kleine Böcher gefressen und drohten, den ganzen Körper zu zerstören. In eine Fortsetzung unserer Arbeit, an der wir mit unserem ganzen Ich hingen, die die Erfüllung unseres Lebens war, konnten wir nicht mehr denken. Wir waren auf Sand gefest — gestrandet. Und nun wollten wir wieder flott werden — gesund werden. Was hatte der Arzt gesagt? Jahre würde es dauern! Wir hatten also viel Zeit, gleichen in nichts gesunden Menschen und hummelten als Gensende, in langen Jahren Gensende durch die Welt. Von einem Sanatorium in das andere. Bis wir uns in dem einen trafen. Wir hatten uns gefunden. Es mußte so kommen. Das Fräulein L. S. mußte meine Kameradin werden. Alle Voraussetzungen waren gegeben.

Meine Kameradin war zuversichtlicher als ich. Ihre Zuversicht war beständig — die meine schwankend. Ich war einmal so verzweifelt, daß ich an sie das Anstimm stellte, mit mir gemeinsam aus diesem für uns so elend gewordenen Leben zu gehen. Das war zu einer Zeit, als sie besonders viel hustete und immer in Fieber war. Und ich spie Blut. Sie hatte trotzdem gelacht und mir von der Zeit erzählt, wo sie auf der Bühne stehen und singen und ich im Parkett sitzen würde, um für eine große Zeitung eine Kritik zu schreiben. Als sie mir das erzählte, hatte ich wieder gelacht und an unsere Zukunft geglaubt. Nur — daß sie wieder singen würde, davon konnte ich nicht glauben, obwohl sie mir von Sängern erzählt hatte, die berühmte waren, trotzdem sie nur eine halbe Lunge hatten. Ich lächelte und schwieg. Leonore war es, die mich immer wieder aufriefte und mir unermüdetlich von ihrem Lebensmut gab.

Eines Tages erlebten wir das Bitterste: wir mußten das Sanatorium, in dem wir uns kennen gelernt hatten, verlassen. Unsere Kurzeit war um. Der Winter war da — die Berge tief verschneit. Fräulein L. S. mußte zu ihren Eltern nach Schloß. Ich fuhr nach Berlin.

Einmal haben wir uns noch gesehen. Sie besuchte mich in Berlin. Ich lag zu Bett. Ein Glas voll Blut stand wieder auf dem Tisch. In den Händen hielt ich meine Saute. Dünn und bleich lagen die Finger auf den Saiten. Ruhend. Spielen konnte ich nicht. Ich durfte mich nicht bewegen. Aber alles, was mir meine Kameradin während ihres Besuches erzählt hatte, dachtete ich im Reime und zupfte dazu leise an den Saiten, während mir der Sinn des Gehörten durch den Kopf ging. Dieser ewige Sinn: leben, leben, leben! Das Leben wollen — das Leben sein! Jede Minute darum kämpfen. Bis zum letzten Hauch.

Meine Kameradin hatte mich stark gemocht; ich ertrug alles geduldig und überwand das Weiden. Sie aber lag wieder zu Bett und schrieb mir lange Briefe. Wir lebten mir von unseren Briefen. Stunden mit niemand weiter im Gedankenaustausch als mit uns selbst.

Eines Tages erhielt ich einen dicken Brief von ihr. Er enthielt das Lautenband. Es war ein graues Seidenband. Ich hielt es erfreut in den Händen und sah erst nach einem Weilschen an dem einen Ende ein goldenes Leuchten. Es waren die Buchstaben L. S. — mit Goldfäden gestickt. Ich war sehr glücklich und dankte der Spenderin bewegt. Sie hatte die Buchstaben selbst eingestickt. Auf ihrem Krankenlager. Mit schwachen Händen. Goldene Fäden hatte sie genommen. . . .

Bald erhielt ich von ihr einen Brief, der sehr kurz war und in dem sie mir mit freudiger Hast schrieb, daß sie in der vergangenen Nacht ungebroschen die Tonleiter gelungen hätte. Ungebroschen! Hinauf bis zum letzten Ton! Ich stupste. Jetzt wußte ich plötzlich, daß meine Kameradin sehr, sehr krank war. Wenn sie sich darüber freute, daß sie ungebroschen eine Tonleiter singen konnte, mußte es mit ihr schlimm stehen. Diese ewige Optimistin! Mit dem letzten Atemzug glaubte sie an das Leben. Ich konnte nicht zu ihr hin. Eine lange Reise hätte ich nicht ertragen. Ich war noch zu schwach, um aus dem Zimmer zu gehen. Und wenn ich es gewagt hätte — wer hätte mir das Geld zur Reise gegeben? Die Inflation hatte mir den letzten Pfennig aus den Händen gerissen.

Ich antwortete auf ihren Brief, ohne selbst Antwort zu erhalten. Es war schon im Frühling. Da — eines Tages kommt ein Brief mit schwarzen Rändern. Ich öffnete ihn nicht; ich mußte, was in ihm stand, meine Kameradin war gestorben!

## Positive Politik.



„Auf, spucken wir dem Ausland in die endlich friedensbereiten Hände!“



Lassen wir den Ministerballast fallen, damit der nationale Phrazenballon wieder steigt.

Und nun halte ich das Lautenband in den Händen und sehe die blinkenden Goldfäden in der grauen Seide. Zwei Buchstaben sind es nur. Wird mehr von unserem Leben übrig bleiben? Es braucht nicht mehr zu sein. So leben, daß sich unser Name in die Ewigkeit einwebt — so, daß er ab und zu aufleuchtet, wie Sternensicht am Firmament. Das ist genug! Den kommenden Geschlechtern wird es künden, daß wir um das heilige Leben gerungen haben — es gepriesen haben mit unserem letzten Atemzug. . . .

Eine ungebroschene Tonleiter, gefungen von einem sterbenden Mädchen — — ist das nicht mehr als die Herzjüge all der Großen, die ausgezogen waren, um Welten zu erobern und Tod und Verdammnis ernteten? Von ihnen künden gewaltige Denkmäler. Von meiner toten Kameradin nur zwei Buchstaben, mit goldenen Fäden in graue Seide gestickt.

Wieder, wenn meine Saute klingt, wenn das graue Seidenband flattert, wenn zwei Buchstaben aufleuchten — — dann weiß ich: es ist genug!

Der älteste Arzt der Welt, von dem wir wissen, dürfte der Ägypter Imhotep sein, der etwa 4500 Jahre vor Christi gelebt hat. Er muß sich großen Ansehens erfreut haben, denn sein Grab befindet sich neben dem des Königs bei der Pyramide von Sakkara bei Memphis. Nach seinem Tode wurden ihm göttliche Ehren erwiesen. 4000 Jahre wurde sein Andenken beim ägyptischen Volke heilig gehalten und viele Krankenhäuser nach ihm benannt.

## Hygienische Aufklärung.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann erst deckt man ihn zu.

Erst wenn sich Krankheitsercheinungen bemerkbar machen, pflegt man an seine Gesundheit zu denken und läuft zum Arzt. In Unkenntnis der einfachsten Funktionen unseres Körpers und seiner wichtigsten Organe, dafür aber meist über eine mehr oder minder reichliche Portion Aberglauben verfügend, steht man dem Wissen und Können des Arztes unglücklich gegenüber, hält ihn in der Regel für den großen Medizinmann und ist höchst unzufrieden, wenn er nicht Wunder wirken kann. Daß der Arzt lediglich unseren Organismus in der Bekämpfung von Krankheiten unterstützen kann, diese Einsicht mangelt noch vielfach.

Um Hab und Gut ist man ängstlich besorgt, aber unser köstlichster Besitz, Leben und Gesundheit, wird noch immer mit einer an Fatalismus grenzenden Gleichgültigkeit behandelt, besser gesagt: vergeudet.

Nur so ist es zu verstehen, daß trotz Warnungen und Strafen Scharlatane und Quackalber noch immer ein dankbares Publikum finden.

Der Mangel an systematischer, rechtzeitiger Belehrung schon von Jugend auf trägt die Hauptschuld an diesen für Gesundheit, Wirtschaft und Vermögen unseres Volkes so bedauerlichen Zuständen, welche Unsummen an Volkskraft und Vermögen werden auf diese Weise noch immer trotz aller Anstrengungen und Fortschritte der öffentlichen Gesundheitspflege vergeudet. Nicht dringend genug kann auf diesen Uebelstand und seine Folgen hingewiesen und energisch auf Abhilfe gedrängt werden.

Wie überlegen dünkten wir uns doch in unserem Europäerhochmut den Völkern gegenüber und doch sind sie uns in mancher Beziehung voraus. Der Chinese z. B. bezahlt seinen Arzt nur, solange er gesund ist. Dieser ist natürlich im eigensten Interesse bestrebt, seinen Patienten so schnell wie möglich wiederherzustellen und durch rechtzeitige Belehrung das Austreten von Krankheiten zu verhindern.

Die ärztliche Wissenschaft ist ja in unseren Tagen trotz Rot und Weiß in anerkannter Weise fortgeschritten, sie sollte sich aber nicht nur in ihrer praktischen Auswirkung um die Kranken allein bemühen, sondern in weit höherem Grade als bisher in den Dienst der Allgemeinheit zwecks Aufklärung und Belehrung über die wichtigsten Grundzüge von Leben und Gesundheit gestellt werden.

Wir haben eine Ueberproduktion an Ärzten. Hier könnte denselben ein weites Arbeitsfeld zu segensreicher Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden. In den Schulen müßte im Anschluß an den naturwissenschaftlichen Unterricht mit Erklärungen der einfachsten Körperfunktionen und Gesundheitsregeln begonnen werden. Schulhygiene und Leibesübungen können hierbei unterstützend wirksam in Funktion treten.

Hand in Hand damit müßten in regelmäßigen Elternversammlungen der Schule ärztliche Belehrungen über Kinderpflege sowie die Gefahren des Kindes- und Entwidlungsalters und ihre Verhütung gehen, welche noch durch besonders geschickt abgefaßte Merkblätter vertieft und befestigt werden können.

Die so in der Schule erworbenen Kenntnisse müssen durch obligatorischen Unterricht in der Fortbildungsschule, durch öffentliche Vorträge, Vorführung von Lichtbildern und durch praktische Übungen u. m. bezügl. aller Fragen des praktischen Lebens, der Hygiene, Ernährung, Unfallverhütung, Körpergymnastik und Alkoholmißbrauch soweit gefördert und vertieft werden, daß schließlich jeder in Erkenntnis der ungeheuren Wichtigkeit hieraus Nutzen für sich und seine Familie ziehen kann. In Arbeitsstellen und bei der Diagnose wirkfam unterstützt werden.

So sehr die Förderung der Sportfreudigkeit vom gesundheitlichen Standpunkt zu begrüßen ist, so reicht dies allein doch noch nicht aus, sondern es muß eine großzügige intensive Belehrung als Fundament gemeinnütziger Gesundheitspolitik vorausgehen.

Staat und Gemeinden müssen diese Aufklärungsarbeit nach Kräften weitgehend fördern und ausreichende Mittel in großzügigster Weise hierfür bereitstellen, die sich bei Propagierung einer vernünftigen gesundheitsfördernden Lebensweise und darauf folgende Steigerung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit glänzend bezahlt machen.

Gleichzeitig ist es höchste Zeit, daß endlich eine ehrliche, energische und gesunde Wohnungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse des Kerns unseres Volkes getrieben werden, um den Lebensbedarf des arbeitenden Volkes in ausreichendem Maße zu angemessenen Preisen sichern zu können, ohne Rücksicht auf egoistische Sonderinteressen volksfeindlicher Minderheiten.

Daß sich die Arbeitgeber der Sache noch nicht energisch angenommen haben, die doch sonst ihren Vorteil so gut wahrzunehmen wissen, ist direkt unverständlich und nur durch ihr engherziges und fleisches Hocken nach Augenblickserfolgen sowie deren schwerfälligen, egoistischen Bürokratismus erklärlich. Ebenso sind die Alters-, Invaliden-, Angestellten- und Pensionskassen von Behörden und Unternehmern, desgleichen die Lebensversicherungen oder Art an intensiver Aufklärung interessiert und gleichfalls energisch zur Unterstützung heranzuziehen. Desgleichen muß mit dem Raubbau an der Arbeitskraft aller Wertigkeiten endgültig Schluss gemacht werden. Jedem arbeitenden Volksgenossen ist rechtzeitig und ausreichend Erholung im gleichen Maße wie der Beamenschaft zu gewährleisten, worauf er mit Rücksicht auf seine intensivere Tätigkeit mindestens den gleichen Anspruch hat, ganz zu schweigen von der wirtschaftlichen Unsicherheit den lebenslanglich gesicherten und pensionsberechtigten Beamten gegenüber.

Allen wahren Volksfreunden und Vertretern eröffnet sich hiermit ein weiteres Feld ehrenvoller und segensreicher Tätigkeit im Dienste unseres um Existenz und wirtschaftliche Gesundheit schwer ringenden arbeitsfreudigen und opferwilligen deutschen Volkes.

E. Sembricht.

Vom Fahrstuhl und seinen Vorfahren. Der Fahrstuhl wird immer gern als Erfindung unserer Zeit gepriesen. Dieser Stolz ist nichts weniger als berechtigt, denn der Fahrstuhl oder „Lift“, wie die seinen Leute sagen, ist im Grunde eine recht alte Sache. Zwar behauptet man sogar, daß die alten Römer ihn schon gekannt haben. Möglich, daß eine ähnliche Einrichtung bei ihnen üblich war, aber eine unserem heutigen Fahrstuhl entsprechende Konstruktion war ihnen zweifellos noch unbekannt. Dagegen hatte man im 17. Jahrhundert in Frankreich bereits vollkommen richtige Fahrstühle, die damals den Namen „liegende Stühle“ trugen. Als ihr Erfinder hat der Franzose Villonier zu gelten, dem man nebenbei auch die Erfindung des Briefkastens zuschreibt. In mehreren Schriften wird der „liegende Stuhl“ Villoniers als eine Einrichtung beschrieben, die, wenn man sich darauf setzt, durch Gegengewichte oder durch das Gewicht des Körpers zwischen zwei Mauern hinauf- und hinuntersteigen kann bis zu dem Stockwerk, zu dem man gelangen will. Diese Erfindung verbreitete sich sehr rasch in Frankreich, in den Königspalästen bürgerte sie sich zuerst ein, bis ein prinzipales Abenteuer einer Prinzessin ihrer Belleidenschaft ein läches Ende bereitete. Diese blieb nämlich eines Tages infolge Verlagsens, das auf eine schadhafte Stelle zurückzuführen war, stundenlang in der Luft in schwebender Lage hängen und konnte nur mit schwerer Mühe befreit werden. Unter Ludwig XVI. wurde die Gestalt des liegenden Stuhles technisch sehr vervollkommen, so daß Frau von Selms von unerhört fähigen Aufzügen, die leider noch zu selten seien, sprechen konnte.





# Kadau- statt Kulturdebatte.

## Minister Becker gegen deutschnationale Demagogie. - Värmkonzert und keine sachliche Antwort

In der gestrigen Landtagsitzung gedachte Präsident Bartels des Unglücks auf Jette Holland. Darauf wurde die allgemeine Aussprache über den Kultushaushalt fortgesetzt.

### Kultusminister Becker:

Seit der Revolution ist auf kulturpolitischem Gebiete tatsächlich Enormes geleistet worden, viel mehr, als in den 50 Jahren preussischer Kulturgeschichte vor der Revolution. (Widerpruch und Lachen rechts.) Die Ministerien Haenisch und Boelch werden immer in der preussischen Schulgeschichte eine historische Bedeutung haben. Preußen hat sich immer dem Reiche willig untergeordnet im Interesse der großen Tendenz der Einheitslichkeit. Aus der anderen Seite hat Preußen selbstverständlich von den Forderungen der Reichsverfassung Gebrauch machen müssen und sich die selbständige Verwaltung seines Schulwesens gesichert. Eine große Gefahr lag in der Konfessionsfrage. Ich möchte zu dem vielbesprochenen Reichsschulgesetz hier keine Stellung nehmen, muß aber betonen, daß es nicht möglich sein wird, durch Interpretationen der Reichsverfassung die notwendigen Grundlagen für ein Reichsschulgesetz zu schaffen. Wir müssen ausgehen von den lebendigen Bedürfnissen des preussischen und deutschen Volkes, und diese liegen vor allem darin, daß wir uns nicht gegenseitig die Köpfe einschlagen. Zu diesem Ziele kommen wir, wenn wir vollkommen zugeben, daß keine Partei die andere zwingen kann, auf ihren Weltanschauungsboden zu treten.

Die konfessionslose, die konfessionelle und die interkonfessionelle Schule müssen als gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Jede Gemeinde hätte dann zu entscheiden, welches System sie haben will. Es müßte ein Weg gefunden werden, um die einheitliche Bildung auch auf die Volksschulen zu übertragen; jenes Weg ist durch die neue Lehrerbildung gefunden. Zwecklos liegt unsere Kulturpolitik jetzt in einer einheitlichen Linie. Nicht nur aus innerer Überzeugung bin ich dafür eingetreten, die Idee einer simultanen Akademie zurückzuführen; diese simultane Akademie würde eine Akademie für Evangelische, Dissidenten und Juden sein; einen Katholiken bekäme man nicht hinein.

Ich bin aber bereit, wenn das Haus beschließen sollte, neben den drei Akademien, einer katholischen und zwei evangelischen, noch eine vierte, eine simultane, zu errichten, diesen Vorschlag beim Finanzminister zu befürworten. In den nächsten zwei Jahren würden wir lernen, wie es mit der endgültigen Regelung nachher zu halten ist. (Unruhe.) Das Verlangen nach Universitätsbildung für die Lehrer halte ich geradezu für eine Gefahr. Zum Fall Leffing, mit dem sich der Minister eingehend beschäftigt, erklärt er, er sei durch das Verhalten namentlich der Reichsparteien in die Rolle eines Verteidigers gedrängt worden, die er gar nicht spielen wolle. Wohl aber wolle er die staatsbürgerlichen Rechte verteidigen. (Bei dieser Stelle der Rede kommt es zu Kundgebungen auf der Rechten, die der Minister mit der Bitte unterbricht, ihn ein offenes Wort zu gestatten.) Was das Verhalten der Studentenschaft angeht, so kann ich wirklich nicht verstehen, daß gerade die Deutschnationalen in diesem Falle so auftreten, die sich doch sonst immer zum Träger des Autoritätsgedankens machen. Hier aber zeigt sich

### eine grundsätzliche Stellung gegen die Autorität.

(Stürmische Unterbrechungen bei den Deutschen.) Wir sind immer zum Vorwurf gemacht, daß ich nicht früh genug eingegriffen hätte. Da, das Jeter und Rorbio hätte ich hören mögen, wenn sich das Ministerium sofort in jeden Kampf zwischen Professor und Student hätte einmischen wollen. Zunächst kommt doch die Universitätsautonomie in Frage, die wir hochhalten müssen. Erst wenn diese vorliegt, dann tritt das Ministerium ein. (Zuruf: Sie hat verfaßt!) Das Ministerium hat dann auch eingegriffen, und ich bin der Überzeugung, daß es einerseits die Selbständigkeit der Hochschule nicht angefaßt hat, und daß es andererseits die staatsrechtlichen Ansprüche des Professors Leffing berücksichtigt hat. (Erneute stürmische Unterbrechungen bei den Dnats.) Der Minister wendet sich erregt nach rechts und erklärt weiter: Meine Herren, es ist eine ausgezeichnete Sache, nach außen hin eine solche Stellung einzunehmen. (Zuruf bei den Deutschen: Unerböt! Wir sind doch keine Demagogen!) Ich will nicht davon reden, was in bezug auf demagogische Herabsetzung der Regierung und namentlich auch des Kultusministers von der Rechten geleistet worden ist. Durch den übertriebenen Kampf ist der ganze Schwerpunkt verschoben worden. (Zuruf bei den Deutschen: Aus Reinlichkeitsgefühl!) Ich frage:

Wer hat die deutsche Jugend für seine parteipolitischen Zwecke unerböt ausgenutzt?

(Erneute stürmische Unterbrechungen bei den Deutschen.) Lebhaft, hört! auf der Linken.) Von der Presse der Rechten und nicht nur von der Presse, sondern auch von bestimmten Organisationen ist ein Einfluß ausgeübt worden, um unsere Studentenschaft für ganz bestimmte parteipolitische Tendenzen einzufangen. (Erneute stürmische Unterbrechungen bei den Deutschen.) Die Unruhe im Hause dauert an.) Der Minister wendet sich sodann den Ausführungen des Zentrumssachgeordneten Lauther zu. Was die Konfessionsverhandlungen angeht, deren baldigen Beginn das Zentrum wünscht, so sei auf die mancherlei Schwierigkeiten wegen der Zuständigkeitsgebiete zwischen Reich und Ländern zu verweisen. Jedenfalls ist die preussische Regierung jederzeit bereit dazu gewesen. Auch auf dem Gebiete der evangelischen Kirche ist ganz Erhebliches geleistet worden. Von einer Kirchenfeindschaft könne gar keine Rede sein. Um so unbegründeter ist das Verhalten mancher Kirchenorgane.

Die Hehe, die gegen mich persönlich von kirchlichen Organen getrieben worden ist wegen meiner angeblichen sozialisierenden oder katholischen Tendenz ist geradezu unerböt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein derartiges Verhalten kann ich weder für vornehm noch für christlich halten.

Wie sieht es denn wirklich mit der Beckerschen Personalpolitik aus? Wenn Herr Delze gesagt hat, daß ich nach Severing der zweitkleinste Minister im Kabinett sei, so habe ich das als ein Kompliment aufgefaßt. (Stürmischer Beifall links, Unterbrechungen rechts.) Ich habe bisher immer beobachtet, daß je weiter nach links ein Minister steht, er desto unabhängiger von seiner Partei arbeitet. Je weiter nach rechts aber ein Minister stand, um so mehr war er auch von seiner Partei abhängig. (Zustimmung links. - Widerpruch rechts.) Wir haben im Kultusministerium sieben leitende Be-

amte. Davon gehören zur Deutschnationalen Partei zwei, zur Deutschen Volkspartei zwei, zu den Demokraten zwei und zum Zentrum einer, sozialdemokratisch ist keiner. (Stürmisches Hört, hört! links. Unruhe rechts und Zurufe: Keiner ist wohl deutschnational geworden.) Wir haben dann 28 Ministerialräte. Ich muß zugeben, daß ich nicht jeden einzelnen habe fragen können, welcher Partei er nahe steht! (Aha! Rufe rechts.) Aber ich habe feststellen können, daß der Sozialdemokratischen Partei etwa 2 oder 3, dem Zentrum 7 angehören, während zu den Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei mindestens 9 bis 10 zu rechnen sind. (Erneute Unterbrechungen rechts. - Im ganzen Hause herrscht große Unruhe.) Von 39 Hilfsarbeitern sind ganze 8 Katholiken, 3 Sozialdemokraten, von den 114 mittleren Beamten sind 7 Katholiken. So sieht es mit der angeblichen unerhörten Vorherrschaft des Zentrums im Kultusministerium aus! (Dauernde stürmische Unterbrechungen rechts.) Letztlich wie die Zusammenlegung des Ministeriums, die

### eine ganz fabelhafte Benachteiligung der Sozialdemokraten und des Zentrums

zeigt, ist es auch in sämtlichen anderen Abteilungen des Kultusministeriums. Unter den 82 Regierungsschulräten sind ganze 6 Sozialdemokraten. (Erneutes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Rufe: Unerböt!) Unter den 433 Schulräten einschließlich der städtischen sind 56 bis 60 Sozialdemokraten. (Dauernder Lärm rechts und Zwischenrufe.) Ich bin ja von der Rechten dazu gezwungen worden, alle meine Beamten bis in die Provinz hinein auf ihre Parteizugehörigkeit zu prüfen. (Zuruf rechts: Haben Sie das amtlich festgestellt?) Samohl. Ich habe mich bemüht, so erklärt der Minister weiter, Ungerechtigkeiten möglichst zu beheben.

Wenn es nach den Grundjahren der Gerechtigkeit ginge, dann müßten für geraume Zeit nur Sozialdemokraten genannt werden.

(Lärmender Widerpruch rechts.) Ich denke natürlich nicht daran, so vorzugehen. Ich halte es für meine Pflicht, bei der Ernennung unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Qualität und Vorbildung gewährleistet sind, die politischen Belange und parteipolitische Zusammenlegung eines Bezirks zu berücksichtigen. (Erneuter großer Lärm rechts.) Ich glaube, durch meine ganze Haltung in den letzten Jahren den Anspruch erworben zu haben, daß man mich nicht ohne weiteres in ein Partischemo zwingt.

Nach Ausführungen des Abg. Schwenz (Wirtsch. Pa.) nimmt das Haus die rüchständigen Bestimmungen zum Haushalt der Bergverwaltung vor. Dabei findet zunächst ein kommunikativer Antrag Annahme, der zum Ausdruck bringt, daß von den Bergwerkbegleitenden Projektgebühren oder Zuzugvorschuß von den klagenden Arbeitern nicht erhoben werden dürfen. Die Anträge des Hauptausschusses gelangen fast durchweg zur Annahme, darunter u. a. der, der eine Ausgleichszulage für die auf Privatdienstvertrag verpflichteten Angestellten des Staatsbergbaues befürwortet.

In der Abstimmung über die ausstehenden Titel des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten werden die Etats nach den Anträgen des Hauptausschusses festgestellt. Abgelehnt wird die Entschlieung auf Wiederherstellung der preussischen Gelandtschaft in Dresden, während der Antrag auf Errichtung einer Vertretung Preußens in den Hansestädten mit dem Sitz in Hamburg Annahme erfährt. Gegen Deutschnationale und Kommunisten verfällt der Antrag der Ablehnung, der den Städten und Industriegebieten Staatskredit zwecks Ankaufs von Kartoffeln aus deutschen Produktionsgebieten vor Eintritt der kalten Witterung gewähren sollte.

Dann nimmt das Haus die unterbrochene allgemeine Besprechung des Kultushaushalts wieder auf. Nach Ausführungen des Abg. Stod (volk.) lehnt Abg. Kleinpohn (Soz.) die Konfessionsschule ab und wünscht, daß alle Verbindungen, auch die materiellen Unterstützungen des Staates für die Kirche, verschwinden. Er fragt,

wie es komme, daß in Schleswig-Holstein ein Vertrag mit der Kirche geschlossen sei, der im völligen Widerspruch mit dem Art. 146 und 143 der Verfassung stehe.

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat.) behauptet, daß Minister Becker nicht unparteiisch seines Amtes warte. Er wendet sich in breiten, stark demagogischen Ausführungen dem Fall Leffing zu.

Als sich Kultusminister Becker mit den Worten: Ich habe ganz offen die Dinge beim rechten Namen genannt zu einer Gegenklärung erhebt, legt rechts ein derartiger Värm ein, daß die nächsten Sätze der Rede verloren gehen.

Kultusminister Becker fortsetzend: Zustände, die einmal existieren, soll man festnageln, wie sie wirklich sind. Ich kann in keiner Weise die Äußerungen Leffings über den Reichspräsidenten billigen, aber gleiches Recht für alle!

Was ist nicht alles in der Presse über den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert geschrieben worden!

Das Recht der Kritik hat Herr Leffing als Staatsbürger auch. Die freie Meinungsäußerung ist durch die Reichsverfassung gewährleistet. Für patriotische Volksgedühle habe ich, hat die Regierung das größte Verständnis. Es ist vorgekommen, daß der Studentenschaft Geld für den politischen Kampf angeboten

worden ist; sie hat es in ihrem Reinlichkeitsgefühl abgelehnt. (Lebhafte Hört, hört! links.)

Abg. Dr. Linneborn (Z.): Die katholische Kirche hat noch nicht ganz die Freiheiten erlangt, die ihr die Reichsverfassung gewährleistet. Wenn Konfessionsverhandlungen angeknüpft werden, ist hierauf Rücksicht zu nehmen.

Abg. Dr. Boelch (D. Sp.): Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich auf dem Boden der konfessionellen Schule stehe. Wie steht der jetzige Kultusminister zu dieser Frage? Wir wünschen, daß der Staat an dem bisherigen System festhält. Die Wissenschaft darf nicht konfessionell gelehrt werden. Dabei wird dem Religionsunterricht auf den Simultanschulen nicht im geringsten Abbruch getan. Der Umstand, daß die Verfassung der Volksschule die Konfessionallität zuspricht, der höheren Schule aber nicht, ist doch nicht von ungefähr, denn es ist doch etwas anderes, ob ich mit Kindern von 6 bis 14 Jahren oder mit Schülern von 14 bis 20 Jahren zu tun habe. (Hört, hört! und Bewegung.) Ich sehe geradezu eine Gefahr darin, wenn man beide Kategorien konfessionell aufziehen würde. Die Konfessionsschule im Namen der Gewissensfreiheit zu fördern, ist nach unserer Auffassung unlogisch. Wir haben die Zusammenfassung aller Kräfte nötig. Die Bildungseinheit wird zerrissen, wenn wir in der höheren Schule die Wissenschaft konfessionell vermitteln. Was wir brauchen, ist eine deutsche, eine nationale Erziehung! (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach Ausführungen des Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) vermahnt sich Abg. Graue (Dem.) gegen den Mißbrauch der Kirche zu parteipolitischen Zwecken. Bei Stahlhelmparaden werden Pfarrer im Lalar herangezogen. (Hört, hört! Kirchen werden zu politischen Versammlungen herangezogen.)

In den Predigten werden die Regierung und ihre Repräsentanten auf der Kanzel in der unglaublichsten Weise angegriffen. Die evangelische Kirche scheint sich vielerorts immer noch als die Dienerin des alten Regimes zu fühlen.

Mit dem Grundtag „Religion ist Privatsache“ hat die Sozialdemokratie die Kirche den Reaktionen in die Hand gespielt und sich selbst jedes Einflusses in der Kirche und auf die Kirche beraubt. Wir haben jetzt die freie Kirche im freien Staat. Die Kirche hat durch Weimar erhöhten Einfluß auf die Schule erlangt, und auch das ist Schuld der Sozialdemokratie. Nur wenn sie sich auch um die Kirche kümmert, kann diese Gefahr abgewartet, die Kirche mit sozialem Geist durchdringt und zu einer wahren Volksschule umgestaltet werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 157 Uhr.

## Fälscher Cofmann.

### Er versucht die Verantwortung abzuwälzen.

München, 3. November. (B.Z.)

Nach Beendigung der Ausführungen des Sachverständigen Amtsgerichtsrat Dr. Herz richtete Rechtsanwalt Graf Bestalozza an den Sachverständigen die Frage, wie er dazu komme, den Inhalt verschiedener Artikel als subjektive Fälschung zu bezeichnen, ohne daß der Sachverständige den Verfasser des Artikels kenne.

Sachverständiger Dr. Herz erwiderte hierauf, daß nach seiner Ansicht der Herausgeber für die nicht signierten Artikel die volle Verantwortung zu tragen habe.

R. A. Dr. Hirschberg stellte fest, daß Professor Cofmann ausdrücklich als verantwortlicher Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte bezeichnet.

R. A. Graf Bestalozza gab zu, daß Professor Cofmann für den Inhalt der Heft die presserechtliche Verantwortung trage. Etwas anderes sei es, wenn behauptet werde, Professor Cofmann habe eine subjektive Fälschung vorgenommen, ohne daß der Sachverständige wisse, ob der Artikel von Cofmann überhaupt geschrieben ist.

Der Sachverständige Amtsgerichtsrat Dr. Herz betonte demgegenüber,

daß Prof. Cofmann den Artikel prüfen mußte, bevor er ihn abdrucken ließ.

Der Vorsitzende zum Sachverständigen: Glauben Sie, daß jeder verantwortliche Schriftleiter die Artikel, die er veröffentlicht, vorher prüft? Ich glaube das nicht, weil ich wiederholt erfahren mußte, daß angeklagte Schriftleiter erklärt haben, sie hätten die unter Anklage gestellten Artikel vor der Drucklegung gar nicht gelesen.

Angell. Gruber: Man will sich hier vor der Verantwortung drücken.

Vorsitzender: Alterieren Sie sich doch nicht.

Angell. Gruber: Ich bin jetzt vierzehn Tage ruhig gewesen, aber das geht mir über die Hut. Es ist doch ein Unterschied zwischen einer wissenschaftlichen Zeitschrift und einer politischen Tageszeitung.

Die weitere Fragestellung drehte sich um das Bekannte.

### Fiktal aus dem „Vorwärts“-Artikel.

das auch in den Süddeutschen Monatsheften erwähnt wird, nämlich „Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, keine Kriegslage für immer streichen, ohne sie das lehrmal siegreich heimgelacht zu haben.“

Sachverständiger Amtsgerichtsrat Dr. Herz erklärte, daß eine Fälschung

insofern vorgenommen sei, als dieser Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen wurde. Der Artikel habe den Zweck gehabt, die Stimmung vorzubereiten für einen Frieden, bei dem es weder Sieger noch Besiegte geben sollte.

Im Anschluß an weitere Fragen, die an den Sachverständigen gerichtet wurden, verlas der Vorsitzende die Anweisung an die Waffenstillstandskommission, die am 23. Oktober 1918 von Hindenburg und Ludendorff veranlaßt wurde. Der Sachverständige wiederholte hierzu, daß der in jener Anweisung dargelegte Standpunkt der Obersten Heeresleitung nachher ein anderer gewesen sei.

Das Waffenstillstandsangebot habe jedenfalls das deutsche Volk auferstanden gefeiert, sowohl militärisch als auch geistlich weiter zu kämpfen.

Schließlich teilte der Sachverständige zu seinen vorherigen Ausführungen ergänzend mit, es sei behauptet worden, daß die Offensive auf Reims durch einen sozialistisch und pazifistisch eingestellten Wachmeister, der zu den Franzosen überging, verraten wurde. Der Sachverständige hat die Angelegenheit nachgeprüft und stellte als Tatsache fest, daß ein Offizier gefangen wurde, der unter feilschem Druck allerhand ausgelegt habe, darunter auch Falsches.

Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

**Die Sammelbogen**

für die **Zeppelin-Luftener-Spende**

liegen bei allen Sparkassen u. Banken zur Zeichnung aus.

**Vergiß auch Du nicht, Deinen Beitrag zu leisten!**

**KAFFEE HAG** ist coffeefrei **Lungenkranke** **darum erlaubt für**

Kaffee-Hag-Probierstube Berlin, Kurfürstendamm 26a

# Hauszinssteuer und Wohnungsnot.

## Die Benachteiligung der großen Städte.

Die zahlenmäßigen Angaben des Berliner Hauptsteuerdirektors Dr. Lange über die ungeheure Benachteiligung Berlins bei der Verteilung der Hauszinssteuer, wobei Berlin, das nicht weniger als 222 Millionen Mark aufbringt, nur einen lächerlich geringen Bruchteil dieser Summe zur eigenen Verfügung erhält, haben allgemeines Aufsehen erregt. Sie sollten bei den Beratungen des Preussischen Landtags über die Ausführungsbestimmungen zum Finanzausgleich sehr eingehend beachtet werden. Unter der gleichen Ungerechtigkeit leiden auch die übrigen großen Städte. Zu dieser Frage schreibt uns der Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Herr Dr. Meyer-Bülmann:

Die jetzige Verteilung des Hauszinssteueraufkommens, das für den Wohnungsbau bestimmt ist, hat zu lebhaften Beanstandungen geführt. Von den 14 Proz. der Friedensmiete, die für den Wohnungsbau vorgehalten sind, erhalten die Stadt- und Landkreise 8 Proz., der Staat 6 Proz.

### Der Wohnungsfürsorgefonds.

Fast die Hälfte der insgesamt verfügbaren Mittel fließt also in den staatlichen Ausgleichsfonds, den sogenannten „Wohnungsfürsorgefonds“, der nach nicht näher bekannten Grundrissen und Maßstäben im Wege staatsbehördlichen Ermessens zur Verteilung gelangt. Seine Mittel fließen jedenfalls nicht in die Gemeinden zurück, aus deren Mieten er hauptsächlich gebildet ist. Wenn z. B. in einer großen Stadt der Wohnungsbauteil des Hauszinssteueraufkommens in einem Jahre sich auf insgesamt 7 Millionen beläuft, so werden davon der Stadt in der Regel nur 4 Millionen zur Erstellung von Neubauwohnungen belassen, die übrigen 3 Millionen werden irgendwohin zu unbekanntem Siedlungszweckem eingeführt. Man kann leicht ausrechnen, wieviel Wohnungen weniger hierdurch die Stadt jährlich zu finanzieren in der Lage ist (höchstens der Hauszinssteuerhypothek für das einzelne Bauvorhaben: 6000 bis 7000 Reichsmark).

Die Zusammenfassung eines so großen Teiles der Wohnungsbau-mittel (43 Proz. von dem ganzen Aufkommen) in der Hand des Staates wird einmal damit begründet, daß das Steueraufkommen, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, in den einzelnen Regierungsbezirken ein sehr verschiedenes hohes sei und daß deshalb ein staatlicher Ausgleich stattfinden müsse. Dabei wird indessen nicht hinreichend berücksichtigt, daß, wenn man für die Verteilung der Gelder in erster Linie den Umfang des Wohnungsbedarfs ausschlaggebend sein lassen will, die allergrößte Wohnungsnot und die schlimmsten Mißstände im Wohnungswesen gerade in den volkreichen Städten zu finden sind. Auch ist genugsam bekannt, daß gerade in den größeren Städten die Wohnungsnot un-gemein verschärft worden ist durch die Zuwanderung von außen her, aus den abgetrennten Gebieten usw. So entspricht einem relativ höheren Steueraufkommen eines Teiles der städtischen Bezirke im allgemeinen auch nur ein relativ viel dringlicherer örtlicher Wohnungsbedarf in diesen Städten.

### Wohnungsbau und Siedlung.

Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß sich die Unterschiede des örtlichen Steueraufkommens wesentlich auch dadurch erklären, daß alle dem eigentlichen Land- und Forstwirtschaftsbetrieb dienenden Gebäude von der Hauszinsbesteuerung ausgenommen sind. Die mehr ländlichen Bezirke tragen infolgedessen auch viel weniger zum Steueraufkommen bei.

Die Bildung des staatlichen Wohnungsbau-fonds wird weiterhin begründet mit der Notwendigkeit einer Aus- und Umlagerung großstädtischer Bevölkerungsteile in ländliche und kleinstädtische Bezirke. Dieser ganzen Umlagerungspolitik lehnt es — wenigstens gegenwärtig — größtenteils an den wirtschaftlichen Voraussetzungen. Eine Verpflanzung von Städten aus dem rein landwirtschaftlichen Beschäftigungsbereich — als wohnungspolitische Maßnahme — prat-

tisch kaum in Betracht kommen. Soweit es sich aber um die Ansiedlung von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Angehörigen der freien Berufe usw. handelt, die ihrem Hauptberuf in der Stadt nachgehen müssen, ist es notwendig, die Wohnstätten in erreichbarer Nähe des städtischen Arbeitszentrums zu errichten.

Man hat nun geglaubt, siedlungspolitisch weitblickend zu verfahren, indem man die Vorortgemeinden aus dem Staatsfonds mit Wohnungsbau-mitteln vorzugsweise dotierte. Dieses Verfahren kann nicht gebilligt werden. Die Vorortgemeinden werden in der Regel von sich aus finanziell gar nicht in der Lage sein, die für die Siedlungen erforderlichen großen Aufwendungen für Verkehrsverbindungen, Anlegung von Straßen, Versorgungsleitungen usw. zu machen. Der „Ausgleichsstadt“ selbst aber können diese Aufwendungen nicht zugemutet werden, solange das Gebiet nicht eingemeindet ist und sie nicht in ihren eigenen Grenzen siedeln kann. Viel besser und wirksamer ist es, die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau durch die Städte selbst verwenden zu lassen, die sich auch sonst auf mannigfache Weise um die Förderung des Siedlungswesens bemühen, so z. B. durch Bereitstellung von Bau-geldern zu günstigen Bedingungen, durch tunlichst entgegenkommende Regelung der Straßenkosten, durch Beschaffung weiterer Hypothekenkredite im Bürgschaftsweg, durch Bevorzugung der Hauszinssteuerhypothek, durch Gewährung von Zinszuschüssen usw. Weiter gehört allerdings dazu eine großzügige Eingemeindungspolitik, die den Städten rechtzeitig ein genügendes Siedlungswachstum ermöglicht.

### Das Interesse der Städte.

Verfehlt ist natürlich die Vorstellung, als ob es im Interesse einer gesünderen Wohnweise vorzuziehen sei, nicht die Städte selbst, sondern ihre ländlichen Nachbar-gemeinden zu Trägern der Wohnungsbau-förderung zu machen. Es versteht sich von selbst, daß auch die Städte im Sinne der neuzeitlichen Anschauungen über Städtebau dahin straben werden, daß die neuen Siedlungen möglichst in den Außenbezirken in gesunder, wirtschaftlicher und schöner Baueinfassung erstellt werden. Gerade die Städte haben in diesem Sinne in der Nachkriegszeit bedeutendes geleistet. Das Verschwinden der Mietskasernen, die wirtschaftlichere Lösung der Wohnungsgrundrisse, die Einheitslichkeit der Bebauung größerer Wohnblöcke: zur Erzielung eines erfreulichen Stadtbildes und vieles andere sind die Früchte dieser Arbeit.

Endlich ist auch die Vereinigung der großen für Neubauzweck bestimmten Hauszinssteuermittel in der Hand des Staates verwaltungstechnisch bedenklich. Sie bedingt einen unständlichen Verteilungsapparat, der Verwaltungskosten verschlingt und dessen Ergebnisse niemand befriedigen will, weil es eben an einem brauchbaren Maßstab für die Verteilung fehlt.

Mag ein Ausgleichsfonds, der sich in mäßigen Grenzen hält, zur Unterstützung der ausgesprochenen Wohnungsnotstands-bezirke mit unzulänglichem eigenen Steueraufkommen — man denke z. B. an Ober-Schlesien — seine Berechtigung haben, mit der übermäßigen Bemessung des staatlichen Ausgleichsfonds (fast die Hälfte der gesamten Wohnungsbau-mittel) kann man sich nicht einverstanden erklären. Mit Recht hat auch der Staatsrat vor einigen Monaten eine Verichtigung des gegenwärtigen Verteilungsverhältnisses (Stadt- und Landkreise 8 Proz., Staat 6 Proz.) dahin for-dert, daß erhalten sollen: die Stadt- und Landkreise 10 Proz., der Staat 4 Proz. Zu wünschen ist, daß grundsätzlich der Gemeinde-anteil eine Erhöhung erfährt, der staatliche Anteil hingegen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt wird. Sofern es, wie anzunehmen, demnächst zu einer gesetzlichen Erhöhung des Wohnungsbauteils an der Hauszinssteuer kommen sollte, darf dies keinesfalls dem staatlichen Ausgleichsfonds zugunsten, sondern ausschließlich dem Anteil der Stadt- und Landkreise.

Zweigstelle in Gladbach übertragen wird. Gleichzeitig wird über eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und der Commerz- und Privatbank berichtet, wonach an allen Orten, wo jede der beiden Großbanken eine Zweigstelle besitzt, eine der beiden Banken auf ihre Zweigstelle verzichten soll. Ausgenommen soll der Fall sein, wo besondere Umstände den doppelten Betrieb notwendig machen. — Wie wir von beteiligter Seite erfahren, trifft die Meldung in diesem Umfang nicht zu. Es handelt sich vielmehr darum, daß die beiden Banken infolgedessen Rücksicht aufeinander nehmen wollen, daß, wenn die eine Filiale abbaut, die andere möglichst folgen soll. Auch mit dieser Einschränkung hat die Vereinbarung symptomatische Bedeutung. In der letzten Aufsichtsratsitzung der Deutschen Bank wurde mitgeteilt, daß in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres relativ gut verdient worden sei, daß aber die Ertragskräfte des dritten Quartals bereits stark unter der Krise gelitten hätten. Aus den Abbauplänen der beiden Großbanken darf man daher schließen, daß auch die reichliche Verdrängung, die sich die Großbanken durch die weite Zinspanne und die hohen Provisionen gesichert hatten, für den heutigen Geschäftsumfang zu klein geworden ist. Das heißt mit anderen Worten, daß auch die Großbanken sich zu der Einsicht bequemen müssen, daß hohe Preise allein ein Gewerbe nicht rentabel machen können und daß auch das Bankgewerbe seinen überflüssigen Apparat verkleinern und die Betriebskosten senken muß.

Der Rat der Internationalen Handelskammer wird am 6. November in Paris zu seiner 10. Sitzung zusammenzutreten, die durch einen Vortrag des derzeitigen Vorsitzenden, Walter Loaf von der Westminsterbank über die Wirtschaftslage Europas eingeleitet werden wird. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: Einfuhr- und Ausfuhrverbote bzw. -beschränkungen, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Konfiskationsgebühren und Konfiskationsformalitäten. Zu der ersten Frage hat der Völkerbund ein Gutachten der Internationalen Handelskammer angefordert. Außerdem werden im Laufe der Sitzung des Rats in Ausführung des Brüsseler Beschlusses der Handelskammer drei Sonderausschüsse eingesetzt werden, nämlich ein Ausschuss für Transferierungsfragen, ein Ausschuss, der sich mit den Entwürfen der großen staatlichen Arbeiten beschäftigt wird (Sachlieferungen), und ein Komitee, das sich mit den Behinderungen beschäftigt wird, die dem Handel in einzelnen Ländern noch entgegenstehen. An den Sitzungen werden zum erstenmal deutsche Delegierte teilnehmen.

## Aus der Partei.

### Beschluß des Parteivorstandes über den Nelsonson.

Der Parteivorstand trat am Montag, den 2. November, zu einer Sitzung zusammen, zu der Genosse Professor Dr. Nelson sowie einige Angehörige des Internationalen Jugendbundes neben Vertretern der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Jungsozialisten und des Zentralbildungsausschusses geladen waren. Es handelte sich um eine Prüfung der gegen den Internationalen Jugendbund (Nelsonson) erhobenen Einwendungen: Er erkenne nicht ausschließlich das Statut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für seine Betätigung innerhalb der Partei an, sondern er sei eine besondere Organisation mit besonderen Statuten und besonderer Leitung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Er betrachte diese lediglich als Agitationsfeld für seine besonderen Ziele und Auffassungen, die nach § 2 der gedruckt verbreiteten Statuten des Internationalen Jugendbundes (Nelsonson) die Gründung einer Partei der Vernunft der Jugend aller Länder ist. Des Weiteren war die theoretische Einstellung des Nelsonson insbesondere zur Demokratie zu prüfen, über die in den Schriften des Professors Nelson ein reichhaltiges Material vorliegt.

In der Aussprache wurde dem Genossen Nelson Gelegenheit gegeben, seine Auffassungen darzulegen, ebenso den Vertretern der Arbeiterjugend und dem Genossen Schiller-Göttingen, der insbesondere die speziellen Ostdeutschen Verhältnisse, wie sie sich durch das Wirken Nelsonson und seiner Anhänger entwickelt haben, schilderte. In bezug auf die Parteizugehörigkeit des Professors Nelson wurde festgestellt, daß er im Jahre 1923 in die „Vereinte Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ eingetreten sei. Auf die Frage, welcher Partei er vordem angehört habe, erklärte er, daß er im Jahre 1918/19 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Berlin gewesen sei. In der Zwischenzeit habe er keiner Partei angehört. Auf die Frage, ob er seine Zugehörigkeit zur Unabhängigen Partei beweisen könne, erklärte Nelson, daß er in einer solchen Frage eine beleidigende Bezeichnung seiner Wahrheitsliebe erblicke, die ihn zwingt, das Lokal zu verlassen — was er sodann mit seinen Anhängern tat.

Der Parteivorstand beschloß, unbedünkelt um diesen Zwischenfall, die Prüfung fortzusetzen. Der Vertreter der Jungsozialisten ersuchte, die Nelsonsonbänder nicht nach dem auch von ihm nicht gebilligten Auftreten beim Verlassen der Sitzung zu beurteilen. Der Nelsonson habe sich in der Hauptfrage erledigende Aufgaben gestellt und konfirmierte seiner Auffassung nach in politischer Beziehung nicht mit der Partei.

Der Parteivorstand trat dann zu besonderer Beratung zusammen und beschloß einstimmig:

Der Internationale Jugendbund (Nelsonson) ist eine selbständige Organisation mit eigenen Statuten und eigener Leitung, die innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für ihre besonderen Zwecke und Ziele zu wirken beabsichtigt. Diese Tätigkeit trägt den Charakter der Sektarianerei und muß daher organisations-schädlich wirken.

Aus diesem Grunde ist die Zugehörigkeit zum Internationalen Jugendbund (Nelsonson) unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die theoretische Einstellung des Nelsonsonbundes hätte dem Parteivorstand nicht zu diesem Beschlusse veranlaßt, denn in der Sozialdemokratischen Partei ist die geistige Betätigungsmöglichkeit gegeben, die die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung erfordert. Die Stellung des Nelsonsonbundes zur Demokratie steht jedoch in großem Widerspruch zu den Beschlüssen der Partei. Nelsonson spricht von der Demokratie als der „Königin der Völkervereinigung“, die durch eine besondere Führeraristokratie abgelöst werden müsse. Er sagt: „eine eigentliche Organisation kann gar nicht demokratisch sein“ und betont: „um des Rechts willen müssen wir die Demokratie verwerfen“. Er sagt schließlich: „die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht, sie ist die Karrenbahn, auf der der Viffigste oder bestbezahlte Schwächer dem Vornehmen oder nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft“.

Das sind Ausführungen, in denen sich Professor Nelson mit den Bäckischen, den größten Feinden der Demokratie, begegnet und die den notwendigen Widerspruch der gesamten Partei hervorgerufen müssen.

## Internationale Handelsprobleme.

Zu diesem Thema sprach am Montagabend im Deutschen Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika Universitätsprofessor Dr. Franz Eulenburg. Ueber die neue, die ganze Welt erfüllende Schutzollbewegung führte er aus, daß sich in ihr die alte Erfahrung wiederhole, daß die kriegerischen Zeiten folgende Wirtschaftspolitik immer ein Erstarken der Schutzoll-tendenzen zeige. Immerhin sei aber die heutige Schutzollbewegung ganz anderer Art, denn die früheren Nachkriegsströmen seien von viel kürzerer Dauer und von geringerer Umfänge gewesen. Die tiefsten Ursachen der heutigen Störungen des internationalen Handels lägen aber nicht in den Schutzollen, die nur als Reflex betrachtet werden dürften. Die eigentliche Ursache sei die schwere internationale Wirtschaftskrise im Gefolge des Krieges. Ganz im besonderen aber sei diese verursacht durch den ungeheuren Kapitalmangel, der heute die ganze Welt erfülle. Wenn die europäische und amerikanische Industrie für ihre stark gestiegene Leistungsfähigkeit Abzehrung wolle, so müsse sie in den überseeischen Ländern Bedürfnisse und die entsprechende Nachfrage zu wecken vermögen. Das Geheimnis des industriellen Aufstiegs Europas im 19. Jahrhundert sei der Kapitalexport gewesen, der in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege jährlich 9—11 Milliarden Goldmark betragen habe. Auf Rußland, die Balkanstaaten und die überseeischen Kolonial-länder sei mindestens eine Kapitalausfuhr von 170 Milliarden Goldmark entfallen, die in diesen Ländern die Bedürfnisse erst gewekt und die Nachfrage erzeugt haben. Heute fehle, nachdem der Krieg alle europäischen Länder aus Rentnerländern zu Schuldner-ländern gemacht hätte (von kleineren Staaten abgesehen), jede Möglichkeit des Kapitalexports. Amerika sei zwar ungeheuer reich geworden, aber der amerikanische Kapitalüberschuß werde von den alten Industrieländern aufgejogen. Weil aber dieser Kapitalexport fehle, fehle den amerikanischen und europäischen Erzeugnissen und den internationalen Handelsbetrieben die Abzehrungsfähigkeit. Zu dieser Hauptursache der Krise im internationalen Handel kämen zwei zufällige, aber nicht minder wichtige Ursachen, einmal der Rückgang der Konsumkraft ganz Europas. Europa ist weder für die europäische Industrie noch derselbe Verbraucher, noch für die überseeische Industrie derselbe Käufer für Rohprodukte. Die zweite Ursache sei die internationale Agrarkrise, die auch die Landwirtschaft sowohl in Europa als in Übersee zu einem schlechteren Käufer mache als ehemals.

Eine Besserung der internationalen Handelslage könne natur-gemäß nur in dem Maße erfolgen, in dem die Kapital-

neubildung neue Kapitalexporte ins Ausland ermöglichen und neue Nachfrage in Übersee zu erwecken vermag. So zweifellos es sei, daß dafür Jahre ins Land gehen werden und daß bis dahin die gesamte kapitalistische Wirtschaft noch schwere Erschütterungen durchzumachen haben werde, so wenig bestehe zum Vessimismus ernsthafter Anlaß. Auch die heutigen gegenseitigen Abzehrungsbestrebungen würden in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden werden, denn je stärker diese Abzehrung vorgenommen werden würde, um so schneller müßten die Völker erkennen, daß sie ihr gegenseitiges Zusammenwirken im Austausch der Güter, Kräfte und Kapitale einfach nicht entbehren können. In der Diskussion ergriff auch Conrad v. Borst das Wort und beklagte sich bitter über das Wohlleben und die Verschwendungslust der Arbeiterschaft und über die Raub-politik des Staates, die angeblich die Unternehmungen zu 60 Proz. für den Staat und zu den 30 Proz. für die Arbeiterschaft arbeiten lasse, die Unternehmer aber vor das Nichts stelle. Professor Eulenburg wies dagegen nach, daß, was auch der Staat und die Arbeiterschaft an Steuern bzw. sozialen Abgaben von den deutschen Unter-nehmern verlangten, restlos die Industrie wieder be-fruchten müsse.

Die Wirtschaftslage im Oktober. Nach den Verichten der preussischen Industrie- und Handelskammern ist die etwas hoffnungs-vollere Auffassung über die Entwicklung der Wirtschaftslage, wie sie sich im September anzubahnen schien, im Oktober nicht gerech-tfertigt worden. Die allgemeinen Abzehrungswirkungen, die Kapital- und Kreditnot, die Betriebsbeschränkungen und -Einsparungen, die Geschäftsaussichten und Konurse dauern fort. Nur in der Montanindustrie scheint der Tiefpunkt erreicht zu sein, während in der Eigenindustrie die Schwierigkeiten noch weiter gewachsen sind und neuerdings auch auf die Automobilindustrie übergegriffen haben.

Die Rekrutierung des Wirtschaftskrieges mit Polen. Der polnische Wirtschaftskrieg mit Deutschland hat verschiedene Maßnahmen zur Unabhängigmachung der polnischen Industrie im Gefolge gehabt. Das Warschauer Innenministerium verfügte jetzt z. B. an alle ihm unterstellten Behörden, daß amtliche Versteigerungen nicht ins Ausland gegeben werden dürfen, es sei denn, daß der Konkurrenzpreis der Auslandsware mindestens 10 Proz. niedriger wäre. Auch die Verzüge zur Rückzahlung deutscher Waren haben zugenommen, allerdings zumteil keine erheblichen Erfolge gehabt, da die deutschen Qualitäten nicht erreicht wurden. So sind in Ostoberschlesien z. B. in den meisten Konsum-artikeln überwiegend noch deutsche Markenwaren zu haben. Weil längerer Dauer des Handelskrieges dürften aber die Bestrebungen, deutsche Waren zu verdrängen, größeren Erfolg haben.

Deutsche Bank und Commerzbank bauen Filialen ab. Aus Essen wird mitgeteilt, daß die Deutsche Bank am 1. Januar 1926 ihre Filiale in Buer schließen und deren Geschäfte an die

## Musikaufträge

übergibt man nur dem Kadett des Reichs, Militärverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Rönigk) 4310, 4048, Geschäftsteil 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Halt' bei Verschleimung, Husten, Heißheit, Jauchende Sodenet stets bereit.

Halbpromille

# Rahma-buttergleich

MARGARINE